Landkreis Ebersberg **14. Wahlperiode 2014-2020/KT/14. Kreistag**

Protokoll

14. Sitzung des Kreistages mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Montag, 25.07.2016 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 20:02 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Karin Stanuch

Anwesend sind:

Brilmayer, Walter	abwesend ab 18:15 Uhr
Föstl, Magdalena	abwesend ab 17:35 Uhr
Frick, Roland	abwesend ab 19:35 Uhr
Hilger, Franziska	
Huber, Thomas	abwesend ab 19:51 Uhr
Jorga, Rolf	
Lechner, Martin	abwesend ab 18:00 Uhr
Lenz, Andreas Dr.	
Linhart, Susanne	abwesend ab 19:25 Uhr
Matjanovski, Marina	
Mayr, Piet	abwesend ab 19:20 Uhr
Müller, Alexander	abwesend ab 19:30 Uhr
Niebler, Angelika Dr.	anwesend von 15:45 bis 19:30 Uhr
Ockel, Udo	
Pfluger, Renate	
Riedl, Johann	
Scheller, Tobias	
Schmidt, Arnold	abwesend ab 19:30 Uhr
Schwäbl, Josef	abwesend ab 18:50 Uhr
Schwaiger, Johann	
Stewens, Christa	
Vodermair, Manfred	
Wagner, Martin	
Wieser, Bernhard	
Will, Renate	abwesend ab 19:30 Uhr
Zetzl, Bettina	
Zistl, Josef	abwesend ab 18:30 Uhr
Bittner, Barbara	
Bittner, Ursula	
Böhm, Ernst Dr.	abwesend ab 17:45 Uhr
Esterl, Martin	
Glaser, Renate Dr.	abwesend ab 18:54 Uhr
Hingerl, Albert	
Hohmann, Georg	abwesend ab 19:30 Uhr
Platzer, Elisabeth	
Poschenrieder, Bianka	
Rauscher, Doris	
Schurer, Ewald	
Finauer, Franz	abwesend ab 19:45 Uhr
Maurer, Ludwig	abwesend ab 17:30 Uhr
Ossenstetter, Simon	
Reitsberger, Georg	
Seidelmann, Wilfried Dr.	
Ackstaller, Ilke	
Goldner, Philipp	
Greithanner, Franz	
Gruber, Waltraud	
Kirchlechner, Melanie	
Mayer, Benedikt	
Obermayr, Angelika	abwesend ab 17:30 Uhr
Oellerer, Reinhard	
Peters, Uwe Dipl-Pol.	
Adlberger, Nikolaus	
Eckert, Christian	
Theurich, Hagen	
Weigl-Mühlfeld, Johanna	
Garhammer, Franz-Xaver	abwesend ab 19:45 Uhr

Abwesend sind:

Ried, Toni	entschuldigt
Weindl, Max	entschuldigt
Kalnin, Vincent	entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Karin Stanuch
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Ö Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

TOP 2 Ö Bürgerinnen und Bürger fragen

TOP 3 Ö Personalia und Ehrungen:

TOP 3.1 Ö Ehrung für langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Feldgeschworener
Vorlage: 2016/2690

TOP 4 Ö Mitgliedschaft im Kreistag; Nachrücken von Dipl-Pol. Uwe Peters
Vorlage: 2016/2683/1

TOP 5 Ö Haushalt 2017, Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
Vorlage: 2015/2581

TOP 6 Ö Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 2016/2679/1

TOP 7 Ö Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2016/2678/1

TOP 8 Ö Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2016/2677/1

TOP 9 Ö Jahresabschluss 2014 des Landkreises Ebersberg einschließlich Sondervermögen Kreisklinik; Entlastung
Vorlage: 2016/2674/1

TOP 10 Ö Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH 2014
Vorlage: 2016/2675/1

TOP 11 Ö Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) 2014
Vorlage: 2016/2676/1

TOP 12 Ö Beteiligungsmanagement, Jahresabschluss 2014 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrats
Vorlage: 2015/2573/1

TOP 13 Ö Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Änderung der Satzung der CliniService Ebersberg GmbH - Verzichtserklärung des Gesellschafters
Vorlage: 2016/2639/1

TOP 14 Ö Resolution gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München;
Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.04.2016
Vorlage: 2016/2654/2

TOP 15 Ö Asylbewerberbetreuung;
a) Sachstandsbericht der Verwaltung
b) Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.06.2016
Vorlage: 2016/2692

TOP 16 Ö Bekanntgabe von Eilentscheidungen

TOP 17 Ö Informationen und Bekanntgaben;

TOP 18 Ö Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

TOP 19 Ö Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

Der Landrat eröffnet die Sitzung und bittet die Anwesenden um eine Schweigeminute für die Opfer, Verletzten und Angehörigen der Terroranschläge in Würzburg, München und Ansbach.

Er gibt bekannt, wer sich für die Sitzung entschuldigt hat und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages vom 02.05.2016 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen

Keine

TOP 3	Personalia und Ehrungen:

Der Landrat würdigt die 20-jährige Zugehörigkeit zum Kreistag und das soziale Engagement der am 12.05.2016 verstorbenen Kreisrätin Christine Gerneth.

Das Gremium erhebt sich zu einer Gedenkminute für Frau Gerneth.

Der Landrat gratuliert den Kreisräten Franz-Xaver Garhammer und Martin Wagner nachträglich zum halbrunden und runden Geburtstag mit einem Geschenk.

Ferner gibt der Landrat bekannt, dass Kreisrätin Barbara Bittner aus persönlichen Gründen ihr Mandat niederlege. Er bedankt sich mit einem Strauß Blumen bei Frau Bittner für ihr Engagement als Kreisrätin und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. Ihre Nachfolge werde im nächsten Kreis- und Strategieausschuss sowie Kreistag behandelt werden.

TOP 3.1	Ehrung für langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Feldgeschworener

Sitzungsvorlage 2016/2690 33/0652-1/1 - Feldgeschworene

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt auf die nächste Kreistagssitzung am 24.10.2016, da einer der beiden Feldgeschworenen heute nicht teilnehmen kann.

TOP 4	Mitgliedschaft im Kreistag; Nachrücken von Dipl-Pol. Uwe Peters

Sitzungsvorlage 2016/2683/1 F1/014
Vorberatung Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 4 ö
An der Beratung nimmt teil: Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Der Landrat heißt Herrn Dipl-Pol. Uwe Peters als Listennachfolger von Frau Christine Gerneth als neues Mitglied im Kreistag willkommen.

Herr Dipl-Pol. Uwe Peters wird vereidigt.

Herr Neugebauer informiert über die daraus folgenden Nachbesetzungen in den Ausschüssen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der Kreistagswahl vom 16.03.2014 Herr Dipl.-Pol. Uwe Peters aus der Stadt Grafing als Listennachfolger in den Kreistag nachrückt.**

2. **Herr Dipl.-Pol. Uwe Peters ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen.**

3. **Mit dem Nachrücken von Herrn Dipl.-Pol. Uwe Peters in den Kreistag werden folgende Ausschüsse wie folgt neu besetzt (rot = geändert):**

3.1.1. Kreis- und Strategieausschuss

	bisher	nun
Mitglied	Waltraud Gruber	Waltraud Gruber
StellvertreterIn	Vincent Kalnin	Vincent Kalnin
weitereR StellvertreterIn	Christine Gerneth	Melanie Kirchlechner
	Angelika Obermayr	Angelika Obermayr
	Benedikt Mayer	Benedikt Mayer
Mitglied	Reinhard Oellerer	Reinhard Oellerer
StellvertreterIn	Angelika Obermayer	Angelika Obermayr
weitereR StellvertreterIn	Benedikt Mayer	Benedikt Mayer
	Vincent Kalnin	Vincent Kalnin
	Christine Gerneth	Melanie Kirchlechner

3.1.2. JHA-Ausschuss

	bisher	nun
Mitglied	Christine Gerneth	Uwe Peters
StellvertreterIn	Franz Greithanner	Franz Greithanner
weitereR StellvertreterIn	Vincent Kalnin	Vincent Kalnin
	Reinhard Oellerer	Reinhard Oellerer

3.1.3. SFB-Ausschuss

	bisher	nun
Mitglied	Christine Gerneth	Franz Greithanner
StellvertreterIn	Reinhard Oellerer	Reinhard Oellerer
weitereR StellvertreterIn	Melanie Kirchlechner	Melanie Kirchlechner
	Ilke Ackstaller	Ilke Ackstaller
	Philipp Goldner	Philipp Goldner
Mitglied	Vincent Kalnin	Vincent Kalnin
StellvertreterIn	Ilke Ackstaller	Ilke Ackstaller
weitereR StellvertreterIn	Phillip Goldner	Phillip Goldner
	Reinhard Oellerer	Reinhard Oellerer
	Melanie Kirchlechner	Melanie Kirchlechner

3.1.4. ULV-Ausschuss

	bisher	nun
Mitglied	Ilke Ackstaller	Ilke Ackstaller
StellvertreterIn	Melanie Kirchlechner	Melanie Kirchlechner
weitereR StellvertreterIn	Waltraud Gruber	Waltraud Gruber
	Vincent Kalnin	Uwe Peters
	Angelika Obermayr	Angelika Obermayr
Mitglied	Philipp Goldner	Philipp Goldner
StellvertreterIn	Vincent Kalnin	Uwe Peters
weitereR StellvertreterIn	Angelika Obermayr	Angelika Obermayr
	Melanie Kirchlechner	Melanie Kirchlechner
	Waltraud Gruber	Waltraud Gruber

3.2.1 Mit dem Nachrücken von Herrn Dipl.-Pol. Uwe Peters in den Kreistag werden folgende Vertretungen in Körperschaften und sonstige Vertretungen, in denen der Landkreis Mitglied ist sowie Arbeitskreise, wie folgt neu besetzt:

3.2.1. Aufsichtsrat Kreisklinik Ebersberg gGmbH

	bisher	nun
Mitglied	Angelika Obermayr	Angelika Obermayr
Ersatzmitglied	Ilke Ackstaller	Ilke Ackstaller
Mitglied	Reinhard Oellerer	Reinhard Oellerer
Ersatzmitglied	Christine Gerneth	Uwe Peters

3.2.2. Sozialbeirat:

	bisher	nun
Mitglied	Christine Gerneth	Franz Greithanner
StellvertreterIn	Franz Greithanner	Vincent Kalnin

3.2.3. Familientisch:

	bisher	nun
Mitglied	Christine Gerneth	Uwe Peters
StellvertreterIn	Vincent Kalnin	Vincent Kalnin

einstimmig angenommen

TOP 5 Haushalt 2017, Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)

Sitzungsvorlage 2015/2581 F / HH 2017 / Eckwerte
Vorberatung Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 6 ö
An der Beratung nimmt teil: Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat führt in die Thematik ein. Mit der alljährlichen Eckwerteberatung würden nun die Haushaltsplanungen für das Jahr 2017 beginnen. Danach würden die einzelnen Fachausschüsse über ihre Budgets beraten.

Gemäß dem Vorgehen im Jahr 2015 habe er auch für die Eckwerteplanung 2017 eine Steigerung der Teilbudgets auf maximal 2,5 % zum Vorjahr begrenzt. Diese bedeute, dass im Jahr 2017 nicht mehr Geld ausgegeben werden würde, als dieses Jahr.

Die Umlagekraft werde weiter steigen, so dass eine Erhöhung der Kreisumlagepunkte nicht zu erwarten sei. Allerdings stehe der Landkreis weiterhin vor großen Herausforderungen bei den Investitionen. Auch die Sozialausgaben seien durch das Thema Asyl nach wie vor schwierig zu planen.

Der Kreistag habe letztes Jahr erstmals einen Automatismus bei den Schlüsselzuweisungen beschlossen. Nach den Entwicklungen im ersten Halbjahr 2016 könnte die Kreisumlage um 0,5 Punkte gesenkt werden. Die Auswirkungen könnten bei den Haushaltsberatungen 2017 berücksichtigt werden. Er schlägt daher vor, von einem Nachtragshaushalt derzeit abzusehen.

Frau Keller stellt die Eckwerte mittels einer Präsentation vor (*Anlage 1* zum Protokoll).

Sie ergänzt zur Frage von KR Albert Hingerl, dass ein Nachtragshaushalt zeitlich parallel zu den Haushaltsplanungen für das Jahr 2017 laufen würde. Daher empfehle Sie, die Ergebnisse im Herbst zu evaluieren und dann ggf. den Ergebnisüberschuss niedriger zu planen. Der einzig notwendige Grund für einen Nachtragshaushalt sei, wenn der Landkreis nicht mehr liquide wäre.

KR Thomas Huber berichtet, dass der Bayerische Landtag mit dem Entwurf des neuen Bundesteilhabegesetzes auch nicht ganz glücklich sei. Er bittet die anwesenden Bundesabgeordneten, die finanziellen Aspekte im Gesetz mehr einzubringen. Ferner werde der Kreistag mit einer Erhöhung der Bezirksumlage rechnen müssen. Zu den Kosten für Unterkunft (KdU) ergänzt er, dass dort keine Personalkosten enthalten seien. Diese werden durch das FAG erstattet.

KRin Doris Rauscher teilt mit, dass eine Steigerung der Bezirksumlage derzeit noch nicht absehbar sei. Es sei zwar ein Haushalt von 69 Mio € beschlossen worden, aber z.B. die Kosten für unbegleitete Minderjährige, die volljährig werden, können schwer geschätzt werden.

Der Landrat fügt zu den anstehenden Investitionen v.a. im Bereich Schulen hinzu, dass für die Beratungen zur Priorisierung und Festlegung einer Zeitschiene ein Entwurf für einen Masterplan für den SFB-Ausschuss im Herbst entwickelt werde.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Für die Haushaltsberatungen 2017 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:**

	Plan 2016	Eckwert 2017
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	**7.012.534**	**7.450.000**
Jugendhilfeausschuss	**13.670.131**	**12.700.000**
SFB-Ausschuss	**17.528.245**	**18.000.000**
ULV-Ausschuss	**4.754.990**	**4.900.000**
LSV-Ausschuss	**11.596.315**	**11.500.000**
Summe	**54.562.215**	**54.550.000**

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 54.550.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse bleibt gegenüber der Planung 2016 unverändert.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert, bei der Haushaltsplanung 2017 diese Eckwerte einzuhalten.

2. Ein Nachtragshaushalt 2016 wird nicht erstellt.

einstimmig angenommen

TOP 6 Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum

Sitzungsvorlage 2016/2679/1	F / gKU
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 6.10.2014, TOP 14 ö Kreis- und Strategieausschuss am 1.12.2014, TOP 13.4 ö AG Kommunalunternehmen am 2.02.2015 Kreis- und Strategieausschuss am 13.07.2015, TOP 3 ö AG Kommunalunternehmen am 5.10.2015 AG Kommunalunternehmen am 12.04.2016 Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 7 ö
An der Beratung nimmt teil:	Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat berichtet, dass sich der Kreistag schon seit vielen Jahren mit der Realisierung von bezahlbarem Wohnraum beschäftige. Zum Thema Kommunalunternehmen und Ausgliederung von Einheiten des Landratsamtes habe es auch Anträge der CSU und SPD gegeben und es sei eine parteiübergreifende AG Kommunalunternehmen gegründet worden.

In der Region 14 gäbe es deutlich zu wenig Wohnraum und bis zum Jahr 2034 würden 400.000 neue Bürger erwartet werden. Davon bereits 300.000 in den kommenden zehn Jahren. Von den benötigten 20.000 neuen Wohnungen jährlich könnten allerdings derzeit nur 12.000 realisiert werden.

Mit der Gründung des gemeinsamen Kommunalunternehmens (gKU) für den Wohnungsbau entlaste der Landkreis die Gemeinden und agiere wieder einmal als Leuchtturm in der Region.

Frau Keller vertieft den Sachverhalt anhand einer Präsentation (*Anlage 2* zum Protokoll).

Zu den Fragen von KR Martin Lechner antwortet Frau Keller, dass die Zuständigkeit für Schaffung von Wohnraum zwar bei den Gemeinden liege, aber der Landkreis ein Interesse an bezahlbarem Wohnraum habe. Der Landkreis beschäftige auch Mitarbeiter im unteren Einkommenssegment. Den Gemeinden unterliege das Belegungsrecht für deren Wohnungen und sie schließen einen Vertrag mit dem gKU ab. Sollten die Gemeinden die Wohnungen nicht belegen, müssten sie den Mietausfall an das gKU bezahlen. Die Bewirtschaftung würde durch das gKU erfolgen.

Die Frage von KRin Johanna Weigl-Mühlfeld beantwortet Frau Keller insofern, dass private Unternehmen nur für die Bebauung und/oder für die Bewirtschaftung hinzugezogen werden dürften.

KR Dr. Wilfried Seidelmann bemerkt, dass es im Landkreis bereits eine Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft (GBEG) gäbe, die im Jahr 2014 in „Schieflage“ geraten sei. Er möchte daher wissen, wie dies bei dem gKU verhindert werden könne. Frau Keller dazu, dass es sich dort um eine GmbH & Co.KG und somit andere Rechtsform handle. Jedes Objekt des gKU müsse wirtschaftlich im Rahmen der Mietobergrenzen vermietet werden.

KRin Angelika Obermayr begrüßt die Gründung des gKU und dass der Landkreis damit Verantwortung übernehmen würde. Das gKU habe auch große Vorteile für die Gemeinden und würde diese v.a. durch die Übernahme der Bewirtschaftung entlasten.

KR Benedikt Mayer spricht sich ebenfalls für das gKU aus. Zu seiner anschließenden Frage antwortet Frau Keller, dass z.B. in der Unternehmenssatzung eine Berichtspflicht an die Kreisgremien integriert werden könnte.

KR Dr. Ernst Böhm befürwortet das gKU ebenso. Beim Zuschuss durch den Freistaat Bayern sollten allerdings noch 5 % aufgeschlagen werden. Die Zahlen zu den Mietobergrenzen seien aus den Jahren 2013/2014, auch dort müsste um 20 % erhöht werden.

KR Alexander Müller meldet sich zu Wort, dass die CSU/FDP-Fraktion das gKU für ein vernünftiges Ansinnen halte. Der untere Wohnsektor funktioniere privat nicht. Vor der Gründung des gKU sollten allerdings Grundstücke vorhanden sein, daher der Appell an die Bürgermeister, sich dem gKU anzuschließen.

KR Albert Hingerl äußert sich zur „Schieflage“ der GBEG insofern, dass die Gemeinde Poing dafür bürge und die Grundstücke diese Jahr ausgelöst werden würden. Dem Landkreis sei dadurch kein Verlust entstanden, da die GBEG Angelegenheit der Gemeinde Poing sei.

Das Förderprogramm des Freistaates werde im Jahr 2019 auslaufen, daher sollten die Gemeinden ihre Teilnahme am gKU schnell überlegen. Es sollte aber auch weiter gedacht werden, ob es auch später noch förderfähige Grundstücke gäbe. Er richte daher seinen Appell an die Landes- und Bundespolitiker im Kreistag.

Auf die Frage von KR Rolf Jorga antwortet Frau Keller, dass Preissteigerungen während der Bauphase über die Kalkulation zu den Grundstücken berücksichtigt werden.

Die Frage von KRin Dr. Renate Glaser beantwortet Frau Keller insofern, dass die GBEG und das gKU nicht zusammengefasst werden könnten.

KR Ewald Schurer meldet sich zu Wort, dass der Kreistag mit der Gründung des gKU ein gemeinsames politisches Zeichen setzen würde, um die Wohnungsnot im Landkreis zu verbessern. Das Vorhaben sei gut und sollte auch einstimmig beschlossen werden.

Der Landrat lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen und informiert im Anschluss, dass die Wohnungsbaukonferenz der Landeshauptstadt München im Jahr 2017 in Ebersberg stattfinden werde.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Dem Beitritt des Landkreises zur Wohnbaugesellschaft Ebersberg (gemeinsames Kommunalunternehmen) wird grundsätzlich zugestimmt.**

2. **Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, mit weiteren Kommunen aus dem Landkreis über die Gründung einer Wohnbaugesellschaft Ebersberg (gemeinsames Kommunalunternehmen) zu verhandeln sowie einen Business-Plan aufzustellen.**

3. **Den kommunalen Gremien ist bis 10.10.2016 über die Gründungsvorbereitungen zu berichten.**

einstimmig angenommen

TOP 7 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Landkreises Ebersberg

Sitzungsvorlage 2016/2678/1

Vorberatung: Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.06.2016, TOP 5 nö
KSA am 11.07.16, TOP 8 ö

An der Beratung nimmt teil: Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Herr Neugebauer erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2014 mit den auf Seiten 17 bis 18, 27 bis 30, 38 und 45 des Berichts vom 04.05.2016 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festgestellt.**

2. **Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 3 und 3a zur Niederschrift.**

3. **Die Ziffern 1 und 2 des Beschlusses des Kreis- und Strategieausschusses vom 13.04.2015 (TOP 5 ö) zur Verwendung des Jahresüberschusses 2014 in Höhe von 8.645.818,36 Euro werden genehmigt.**

einstimmig angenommen

TOP 8 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg

Sitzungsvorlage 2016/2677/1

Vorberatung: Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.06.2016, TOP 4 nö
KSA am 11.07.2016, TOP 9 ö

An der Beratung nimmt teil: Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Herr Neugebauer berichtet laut Sitzungsvorlage.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2014 mit den auf den Seiten 22 bis 24 des Berichts vom 31.03.2016 ausgewiesenen Summe gem. § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) i.V.m. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.**

   Die Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 4 und 4a zur Niederschrift.

2. **Der Jahresfehlbetrag 2014 i.H.v. 145.528,24 € wird in Übereinstimmung mit § 10 Abs. 2 WkKV durch eine entsprechende Verringerung der Kapitalrücklagen (Eigenkapital) gedeckt.**

einstimmig angenommen

TOP 9 Jahresabschluss 2014 des Landkreises Ebersberg einschließlich Sondervermögen Kreisklinik; Entlastung

Sitzungsvorlage 2016/2674/1	F 1/Rechnungsprüfung
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 10 ö
An der Beratung nimmt teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Der Landrat übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Landrat Walter Brilmayer. Wegen persönlicher Beteiligung nimmt der Landrat an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Neugebauer weist daraufhin, dass der Kreis- und Strategieausschuss die Entlastung empfohlen habe.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreisverwaltung wird gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für die Haushaltsführung im Jahr 2014 die Entlastung erteilt.

einstimmig angenommen

TOP 10 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH 2014

Sitzungsvorlage 2016/2675/1	
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.06.2016, TOP 2 nö Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 11 ö
An der Beratung nimmt teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Herr Neugebauer erläutert den Sachverhalt und weist darauf hin, dass es sich hierbei nur um eine indirekte Prüfung der Kreisklinik handle. Direkt werde der Landkreis als Gesellschafter der Kreisklinik geprüft.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH für das Jahr 2014 vom 06.04.2016 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 11 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) 2014

Sitzungsvorlage 2016/2676/1	
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.06.2016, TOP 3 nö KSA am 11.07.2016, TOP 12 ö
An der Beratung nimmt teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Sachgebiet F 1 – Büro Landrat

Herr Neugebauer fasst den Sachverhalt zusammen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) für das Jahr 2014 vom 07.04.2016 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 12 Beteiligungsmanagement, Jahresabschluss 2014 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrats

Sitzungsvorlage 2015/2573/1	F / Beteiligungsmanagement / Entlastung AR 2014
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 13.07.2015, TOP 12 nö Kreistag am 27.07.2015, TOP 13 nö Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 13 nö
An der Beratung nimmt teil:	Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der stellvertretende Landrat Walter Brilmayer übernimmt erneut die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Kreisklinik gGmbH, Landrat Robert Niedergesäß und die Aufsichtsräte, KRin Christa Stewens, KRin Susanne Linhart, KRin Elisabeth Platzer, KRin Dr. Renate Glaser, KRin Ankelika Obermayr, KRin Johanna Weigl-Mühlfeld, KR Reinhard Oellerer, KR Thomas Huber, KR Simon Ossenstetter und KR Martin Wagner nehmen wegen persönlicher Beteiligung an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Frau Keller berichtet anhand einer Präsentation (*Anlage 5* zum Protokoll).

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2014 die Entlastung erteilt.

einstimmig angenommen

TOP 13 Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Änderung der Satzung der CliniService Ebersberg GmbH - Verzichtserklärung des Gesellschafters

Sitzungsvorlage 2016/2639/1	F / Beteiligungen / KK / 2016
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 17 ö
An der Beratung nimmt teil:	Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Frau Keller fasst den Sachverhalt mittels einer Präsentation zusammen (*Anlage 6* zum Protokoll).

KR Dr. Wilfried Seidelmann meldet sich zu Wort, dass er zur Liquidierung der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) einen Antrag am 24.06.2016 gestellt habe. Pflegekräfte werden unter Tarif bezahlt. Es sei keine Transparenz der CSE für den Kreistag gegeben. Laut Revisionsamt des Landkreises Ebersberg stünde unter Punkt 2.2 Prüfungsgegenstand und –

umfang, dass die Rechnungsprüfung nicht in die CSE hineinprüfen könne, da diese ein eigenes Unternehmen sei und somit der Prüfung nach den Bestimmungen des HGB unterläge. Er bittet, den Antrag zu berücksichtigen.

Anmerkung der Protokollführung: *dieser Antrag wurde im Kreis- und Strategieausschuss (KSA) am 11.07.2016 unter TOP 18 ö behandelt. Der KSA fasste gegen eine Stimme folgenden Beschluss: „Der Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 24.06.2016 ist mit den heutigen Beratungen erledigt."*

Frau Keller dazu, dass hier sogar eine strengere Prüfung durch die Aufsichtsräte unter Beteiligung von Wirtschaftsprüfern und dem Beteiligungsmanagement als Zwischenstelle stattfinden würde.

KRin Johanna Weigl Mühlfeld ist der Ansicht, dass die CliniService Ebersberg GmbH nicht nur ruhen sondern gelöscht werden sollte.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

1. **Der Gesellschafter der Kreisklinik Ebersberg gGmbH stimmt zu, dass für die Zeit des Ruhens der CliniService GmbH (CSE) auf eine Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) verzichtet wird.**

2. **Sollte die CSE wieder eine Geschäftstätigkeit aufnehmen, sind Regelungen zum Jahresabschluss und zur Prüfung vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit wieder in die Satzung einzufügen.**

angenommen **gegen 4 Stimmen**

TOP 14	Resolution gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.04.2016

Sitzungsvorlage 2016/2654/2	F1/014
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 04.10.2011, TOP 6 ö Kreis- und Strategieausschuss am 18.04.2016, TOP 11 ö Kreis- und Strategieausschuss am 11.07.2016, TOP 16 ö
An der Beratung nimmt teil:	Brigitte Keller, Leiterin Abteilung F – Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Der Landrat teilt mit, dass ein neuer Beschlussvorschlag von KR Dr. Andreas Lenz vorgelegt worden sei:

„Der Kreistag Ebersberg hält die Voraussetzungen für den Bau einer 3. Startbahn am Flughafen München im Moment für nicht gegeben.
Erst, wenn der Bedarf für diese vorhanden ist:
- *die erforderlichen Flugbewegungen und Fluggastzahlen aufgewiesen werden*
- *die verkehrliche Erschließung des Flughafens umgesetzt ist*

kann über die Option des Baus einer 3. Startbahn entschieden werden."

KR Reinhard Oellerer freut sich über die parteiübergreifende Ansicht, dass eine dritte Startbahn derzeit keinen Sinn mache. Er verweist aber auch darauf, die ökologischen Gesichtspunkte, die Lärmbelästigung im Norden des Landkreises und die Erhaltung der Landschaft zu berücksichtigen. Der Landkreis Ebersberg möchte sich unabhängig von fossilen Energieträgern machen. Der Luftverkehr produziere jedoch mehr als 7,5 Mio Tonnen CO2 jährlich.

Die vielen Kurzstreckenflüge würden sich nur durch die steuerliche Subventionierung lohnen. Nachvollziehbar sei auch nicht, ob die Flughafen-München GmbH (FMG) die dritte Startbahn wegen der vielen Luftbewegungen möchte oder ob sie für eine Erhöhung des Flugverkehrs benötigt werde. Der Bedarf sei nach wie vor fraglich, die Zahl der Starts und Landungen seien deutlich rückläufig, von früher 430.000 jährlich auf 380.000 im Jahr 2015. Die Grünen halten daher an ihrem Beschlussvorschlag fest.

KR Thomas Huber meldet sich zu Wort, dass letztendlich die Gesellschafter des Flughafens München über die dritte Startbahn zu entscheiden haben. Der Kreistag könnte nur mit einer gemeinsamen Resolution Wirkung bei den Gesellschaftern zeigen. Die CSU/FDP-Fraktion sehe die Angelegenheit nüchtern und sachlich, sofern der Bedarf und die Verkehrserschließung gesichert seien. Seiner Meinung nach, sei der Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen inhaltlich und in der Begründung falsch.

KR Ewald Schurer begrüßt die Tendenz beim Antrag der Grünen. Die Zahlen zu den Flugbewegungen der FMG seien tatsächlich fraglich. Der Flughafen sei zwar von Weltrang und München Wachstumsregion Nr. 1 in Europa, dennoch sei der Bedarf in Oberbayern derzeit nicht gegeben. Der Flughafen biete bereits 200 Ziele weltweit und weitere könnten bei Bedarf vom 400 km entfernten Flughafen Frankfurt aus angeflogen werden. Landrat Martin Bayerstorfer von Erding und die Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz Ulrike Scharf seien Gegner der dritten Startbahn. Die Lärm- und Kerosinbelastung würde auch im Landkreis Ebersberg um 1/3 zunehmen. Die dritte Startbahn wäre ökologischer Wahnsinn. Dass der Ringschluss der Münchner S-Bahn noch fehle, läge an der CSU-Staatsregierung. Nur die CSU-Landtagsfraktion sei für die Startbahn, die Landkreise Erding und Freising würden sie nicht wollen. Die Stadt München als Gesellschafter der FMG werde dem Bau nicht zustimmen. Der soziale Wohnungsbau und der Ringschluss der S-Bahn seien wichtigere Themen. Eine dritte Startbahn würde auch nichts am bereits sehr guten Wirtschaftswachstum in Oberbayern ändern.

KR Dr. Andreas Lenz sieht auch parteiübergreifende Gemeinsamkeiten, aber wenn die Staatsregierung für die Infrastruktur verantwortlich sei, so sei sie es auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Landkreis Ebersberg sei es nicht. Der Flughafen München sei ein Erfolgsmodell und ein Gewinn für die Region, v.a. auch in Bezug auf Arbeitsplätze. Aber auch ein Flughafen der Wähler. Laut einer Studie zum Flugverhalten aus dem Jahr 2014 würden 49 % der Grünen-Wähler und nur 30 % der CSU-Wähler bevorzugt fliegen. Die Flugbewegungen würden tendenziell sinken, 10 % der Flugbewegungen seien allerdings von kleinen Privatjets. Für den Flächenverbrauch müssten ferner auch entsprechende Ausgleichsflächen geschaffen werden. Sein Beschlussvorschlag sei mit Landrat Martin Bayerstorfer abgestimmt.

KR Dr. Ernst Böhm ist für die dritte Startbahn. Die Diskussion zum Bedarf der dritten Startbahn stelle sich in der privaten Wirtschaft nicht. Er schlägt vor, den Flughafen München zu privatisieren. Dann wäre auch Geld für die Verkehrserschließung vorhanden.

KR Alexander Müller hält es für Vermessen, die Ablehnung von Großprojekten in einem Kreistag zu beschließen. Ballungszentren wie München richten sich nicht nach einer Kreistagsentscheidung. Er bittet um Zustimmung für den neuen Beschlussvorschlag.

KR Reinhard Oellerer meldet sich zu Wort, dass die Verantwortung eines öffentlichen Unternehmens anders gesehen werden müsse, als die eines Privatunternehmens. Die Grünen lehnen die dritte Startbahn zwar ab, aber nicht für alle Ewigkeit. Es gäbe keinen Sinn, dieses Verkehrsmittel auch noch zusätzlich zu fördern.

KR Dr. Wilfried Seidelmann teilt mit, dass die Freien Wähler im Landtag die dritte Startbahn strikt ablehnen würden. Selbst die Fluglotsen würden bestätigen, dass der Bedarf nicht gegeben sei.

KRin Johanna Weigl-Mühlfeld begrüßt den Vorschlag der Grünen. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu erweitern: „…*die verkehrliche Erschließung, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs, des Flughafens umgesetzt ist...".* Bei mehr Arbeitsplätzen werde der Wohnraum noch enger und teurer. Gerade am Flughafen würde meist im Niedriglohnsektor bezahlt werden. Es stelle sich auch die Frage, woran der Bedarf festgemacht werde und warum die Region Oberbayern Drehkreuz für Touristen von Boston nach Abu Dhabi sein sollte.

Der Landrat stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und lässt über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

Der Kreistag des Landkreises Ebersberg lehnt den Bau einer dritten Startbahn für den Flughafen München ab. (Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.04.2016)

abgelehnt **dafür 26 Stimmen**
dagegen 27 Stimmen

Der Kreistag Ebersberg hält die Voraussetzungen für den Bau einer 3. Startbahn am Flughafen München im Moment für nicht gegeben.

Erst, wenn der Bedarf für diese vorhanden ist:

- **die erforderlichen Flugbewegungen und Fluggastzahlen aufgewiesen werden**
- **die verkehrliche Erschließung des Flughafens umgesetzt ist**

kann über die Option des Baus einer 3. Startbahn entschieden werden.

angenommen **dafür 28 Stimmen**
dagegen 26 Stimmen

TOP 15	Asylbewerberbetreuung; a) Sachstandsbericht der Verwaltung b) Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.06.2016

Sitzungsvorlage 2016/2692

Vorberatung	SFB-Ausschuss am 30.06.2016, TOP 6 ö
An der Beratung nehmen teil:	Stefanie Geisler, Leiterin Abteilung S – Soziales, Bildung
	Marion Wolinski, Leiterin Sachgebiet S 2 - Sozialverwaltung

Der Landrat begrüßt Frau Geisler und Frau Wolinski zum Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen bereits im SFB-Ausschuss am 30.06.2016 thematisiert worden sei.

Die Kreisräte erhalten die aktuellen Zahlen der Asylbewerber im Landkreis als Tischvorlage:

Gemeinde	Asylbewerber	uM	Fehlbeleger	Anzahl
Anzing	9	3	16	28
Aßling	8		9	17
Baiern	4		0	4
Ebersberg	143	27	38	208
Egmating	4		8	12
Emmering	29		8	37
Glonn	17	16	0	33
Grafing	61	4	22	87
Hohenlinden	17		6	23
Kirchseeon	41	41	16	98
Markt Schwaben	44		14	58
Moosach	8		0	8
Oberpframmern	13		0	13
Pliening	110		38	148
Poing	309	1	47	357
Steinhöring	36	8	13	57
Vaterstetten	79	9	36	124
Zorneding	30		19	49
Gesamt	962	109	290	1361
Stand: 25.07.2016				

Der Landrat berichtet, dass seit Mitte März keine neuen Zuweisungen von Asylbewerbern mehr erfolgt seien. 150 Asylbewerber aus Markt Schwaben würden nun in Oberbayern verteilt werden. Die derzeit noch an den Schulen in Poing und Markt Schwaben untergebrachten Asylbewerber sollten in die Traglufthalle in Grub ziehen. Das Problem mit der Klimatisierung der Traglufthalle sei allerdings noch nicht geklärt und trotz der derzeitigen Gerüchte auch der einzige Grund, warum die Traglufthalle noch nicht bezogen werden konnte.

Die Regierung prüfe den Fortbestand der Traglufthallen noch. Das Landratsamt plane derzeit aber noch mit dem Bezug der Traglufthalle in Grub und der Leerung der Turnhallen.

Die Regierung habe eine Denkpause zu weiteren Planungen für dezentrale Unterkünfte vorgegeben. Nur die Unterkunft in Vaterstetten dürfe weiter gebaut werden.

Es müsse aber wieder mit neuen Asylbewerbern gerechnet und auch weitergedacht werden, wenn die Traglufthallen wieder aufgelöst werden sollen.

KR Albert Hingerl teilt mit, dass in Poing derzeit rund 350 Asylbewerber untergebracht seien. Die Kommunikation mit dem Landratsamt laufe gut, mit der Regierung allerdings nicht. Auch mit dem Gerücht, dass die Traglufthalle in Grub nicht mehr bezogen werden soll, kippe die Stimmung in der Gemeinde. Die derzeitige Situation sei nicht zufriedenstellend. Es müsse auch noch einmal eine ehrliche Aussage gegenüber den Sportvereinen erfolgen, und sei es auch nur „wir wissen nicht, wie es weitergeht“.

KR Roland Frick meldet sich zu Wort, dass die Traglufthallen auch nur die nächste Station nach den Turnhallen seien, so dass ein Umdenken erlaubt sein müsse. Die Gemeinde Pliening sei auch nicht das Auffanglager für alle. Zudem seien die Kosten u.a. auch für Catering und Security enorm. Die Gemeinde Pliening möchte den Vertrag der Traglufthalle nicht verlängern sondern, dass die Halle in neun Monaten geschlossen werde. Sollte die Halle mit 298 Asylbewerbern gefüllt werden, werde er sich dagegen wehren. Integration könne nur in kleineren Einheiten stattfinden, daher auch seine Bitte an KR Thomas Huber, dies bei der Regierung anzubringen.

Auf die Frage von KR Reinhard Oellerer antwortet der Landrat, dass er davon ausgehe, dass die Regierung die Vorteile zur besseren Integration in kleineren Unterkünften bekannt seien.

Entscheidungen zur Frage große oder kleine Unterkünfte stünden allerdings immer noch aus. Das Landratsamt stünde aber in engem Dialog mit der Regierung.

Für KRin Doris Rauscher stellt sich die Frage, wer wem die Verantwortung bei den Unterkünften zuschiebe. Aber auch warum die Regierung die Planungen zu dezentralen Unterkünften gestoppt habe und nun wieder zentral unterbringe. Der Landkreis sollte sich dazu parteiübergreifend positionieren.

Frau Geisler dazu, dass im Bereich Asyl das Landratsamt als Staatsbehörde agiere und somit die Zuständigkeit und Verantwortung bei der Regierung läge. Die Traglufthallen seien damals aus der Not heraus geschaffen worden.

KR Georg Hohmann merkt an, dass die Gemeinden Planungssicherheit vor allem für die dezentralen Unterkünfte benötigen.

Auf die Frage von KRin Ursula Bittner antwortet der Landrat, dass mit den Bürgermeistern solidarisch kommuniziert worden sei, dass die Fehlbeleger auf die Gemeinden aufgeteilt werden. Solange es allerdings tragbar und möglich sei, könnten die Fehlbeleger in den Unterkünften des Landkreises verbleiben.

KRin Dr. Renate Glaser schlägt vor, von der Regierung einzufordern, bis wann mit weiteren Planungen zu rechnen sei. Aber auch, dass das Landratsamt der Gemeinde Poing mitteile, bis wann mit der Belegung der Traglufthalle in Grub zu rechnen sei.

Frau Geisler hofft auf eine Einigung der Vertragspartner noch in dieser Woche. Der Landrat ergänzt, dass das Belegungskonzept nicht absehbar sei.

KR Dr. Angelika Niebler spricht ihren Dank aus an alle, die sich für die Unterkünfte einbringen. Auch wenn bereits landes-, bundes- und auch europaweit viel für die Flüchtlingssituation getan werde, könne es keine Planungssicherheit geben. Weitere Flüchtlingswellen könnten zudem kommen. Sie bittet daher um eine solidarische Handhabung der Situation und keine gegenseitigen Schuldzuweisungen.

KR Thomas Huber meldet sich zu Wort, dass mit den zentralen Unterkünften die Regierung die Gemeinden auch auf deren Wunsch entlasten wollte. Die Regierung habe die Planungen zu dezentralen Unterkünften gestoppt, als 15.000 Plätze in zentralen Unterkünften frei geworden seien. Es sei allen Beteiligten bewusst, dass eine Integration dezentral besser stattfinden werde. Aber auch schnellere Verfahren seien nötig. Allerdings sei das Asylpaket eins und zwei im Bundestag durch Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt worden.

KR Alexander Müller schlägt vor, ein Integrationsmonitoring zu erstellen, damit im Landkreis die Integration gelingen könne. Frau Geisler dazu, dass der Verwaltung alle notwendigen Daten zu den einzelnen Asylbewerbern vorlägen. Im nächsten SFB-Ausschuss könnte dazu berichtet werden.

KRin Melanie Kirchlechner sieht die derzeitige Atempause als den größte „Stolperstein“ auf dem Weg zur Integration. Alle Verantwortlichen sollten sich daher gemeinsam an die Regierung wenden, um bald vernünftige Unterkünfte schaffen zu können.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Es wird festgestellt, dass der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.06.2016 damit erledigt ist.



einstimmig angenommen

TOP 16	Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine

TOP 17	Informationen und Bekanntgaben;

Der Landrat informiert, dass der Sitzungskalender für das Jahr 2017 vorliege und per Email an die Kreisräte versandt werde.

TOP 18	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Keine

TOP 19	Anfragen

Keine

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:54 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.

Landkreis Ebersberg
Finanzmanagement

Kreistag am 25.07.2016, TOP 5 Ö:

Haushalt 2017; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)

Finanzleitlinie des Kreistages

Die Finanzleitlinie des Kreistages, die von allen Parteien in einer einjährigen Zusammenarbeit in vielen Sitzungen verschiedener Gremien und Fraktionen erarbeitet und schließlich einstimmig verabschiedet wurde, setzt die folgenden 5 Eckpunkte für den Kreishaushalt:

1. **Langfristiger Abbau der Verschuldung, d.h., bis 2035 beträgt die Verschuldung höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen.**
2. Der jährliche Ergebnisüberschuss beträgt mindestens 4 % der Verschuldung, mindestens 2 Mio €.
3. **Der Schuldendienst (Zins und Tilgung) darf nicht mehr als 6,8 Mio € betragen.**
4. Der Schuldenstand darf 65 % des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten.
5. Bei Investitionen dürfen höchstens 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden.

1. und 3. mittelfristig gefährdet

Landkreis Ebersberg

Hinweis zu den Investitionen

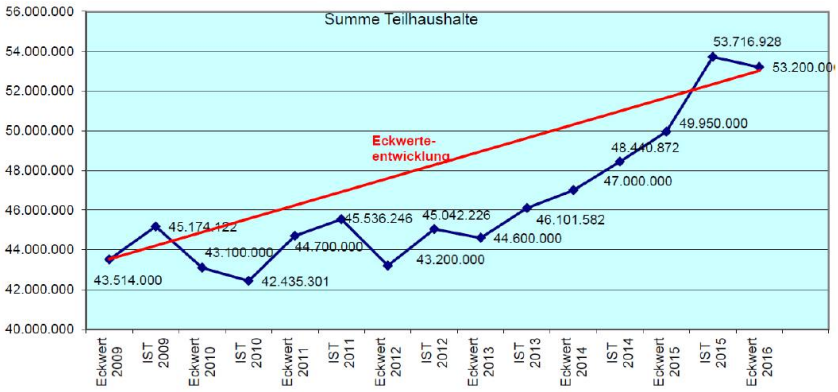
Die planmäßige Verschuldung sollte sich – ausgehend vom Jahr 2012 auf rd. 78 Mio € erhöhen. Weil die Kreditaufnahmen durch die sehr gute Konjunktur in den letzten 5 Jahren so nicht erfolgten, konnte die Prognose im Haushalt 2016 auf einen Höchststand der Verschuldung in Höhe von 54,9 Mio € zum 31.12.2016 nach unten korrigiert werden.

In der Finanzplanung ab 2017 sind derzeit keine weiteren Kredite ausgewiesen.

Dies wird sich nicht realisieren lassen!

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Eckwerte



Die Eckwerte geben der Verwaltung eine Richtung vor und können dadurch eine „bremsenden“ Wirkung entfalten, denn sie werden <u>vor Beginn des Planungsprozesses</u> der Verwaltung <u>vorgegeben</u>.

Landkreis Ebersberg

Ausblick 2017

Kreisumlage:

Vorausberechnung der Kreisumlage ergibt auf der Basis von 49,5 Punkten Kreisumlage eine höhere Kreisumlage zwischen 3,2 Mio € und 4,0 Mio €.

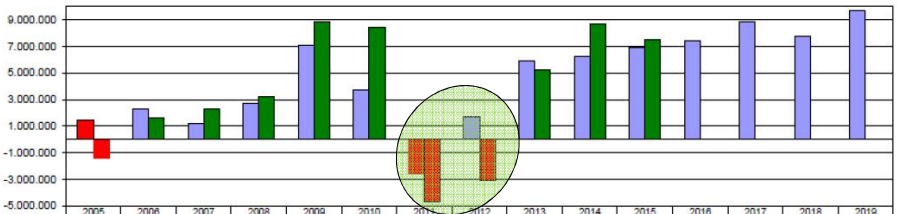
Bezirksumlage:

Vorausberechnung der Bezirksumlage ergibt bei unveränderter Bezirksumlage derzeit eine Mehrbelastung von 1,2 Mio € bis 1,6 Mio €.

Auch 2017 wird dem Landkreis wieder mehr Geld zur Verfügung stehen und zwar zwischen 2,0 Mio € und 2,4 Mio €, je nach Berechnungsprognose und bereits unter Berücksichtigung einer GLEICHBLEIBENDEN Bezirksumlage.

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Ergebnisüberschüsse



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Plan	1.474.626	2.300.122	1.165.773	2.710.909	7.033.670	3.722.969	-2.557.921	1.683.744	5.861.220	6.206.250	6.951.662	7.387.266	8.809.714	7.750.987	9.726.414,
IST	-1.383.053	1.653.903	2.326.845	3.232.346	8.842.487	8.454.893	-4.664.998	-3.070.732	5.207.404	8.645.818	7.474.721		0		

Antizyklische Fiskalpolitik des Kreistages stützte die Gemeindehaushalte in der Finanzkrise 2011 und 2012.

Die Umkehr in einen positiven Kreishaushalt ist wieder gelungen, was sich positiv auf die Entwicklung der Verschuldung auswirkte.

Landkreis Ebersberg

Zusammenfassung: Umlagekraftveränderung 2017

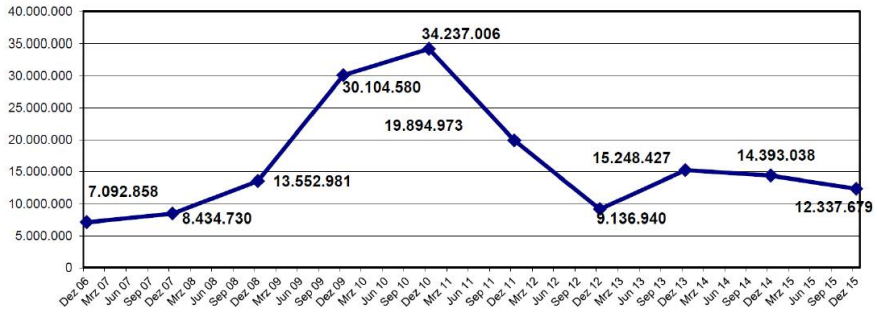
Kreisumlage	**zwischen 3,2 Mio € und 4,0 Mio € mehr**	Je nach Steigerung der Einkommens-steuer
Bezirksumlage	**1,2 Mio € bis 1,6 Mio € mehr**	Auf der Basis einer unveränderten Be-zirksumlage
Steuern	**unverändert**	Gleichbleibende Grunderwerbssteuer
Schlüsselzuweisungen	**unverändert**	Ob und wie sich die Schlüsselmasse des Freistaats Bayern verändert ist derzeit noch nicht bekannt

Wegen der steigenden Umlagekraft geht das Finanzmanagement davon aus, dass sich die verfügbare Finanzmasse bei unveränderter Kreisumlage und unveränderter Bezirksumlage bis zu 2,5 Mio € steigend entwickeln wird.

Der Landrat hat im Vorfeld die Steigerung der Teilbudgets auf maximal 2,5 % begrenzt.

Landkreis Ebersberg

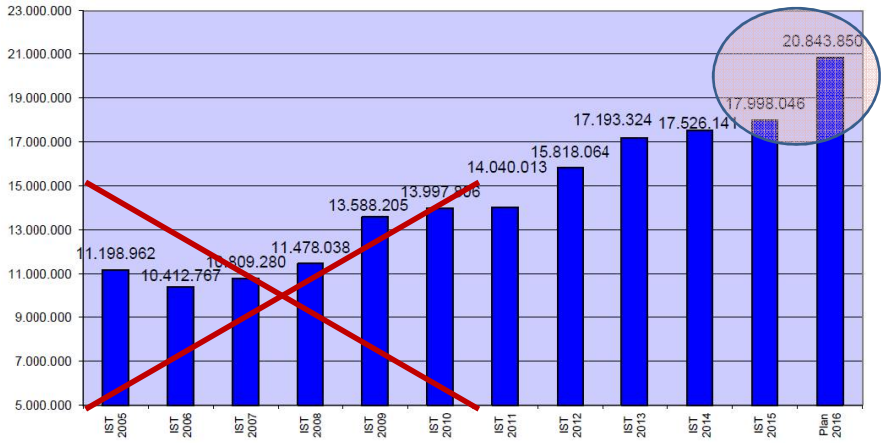
Entwicklung der Liquidität



Seit dem Jahr 2012 verfügt der Landkreis über keine Liquiditäts-reserven mehr. Kurzfristig werden immer wieder die Mittel der Kommunalen Abfallwirtschaft herangezogen, zuletzt vom 15.01.2016 bis 08.06.2016. Die Kreditermächtigung 2016 über 4 Mio € wurde bereits vollständig aufgenommen.

Landkreis Ebersberg

Personalkostenentwicklung



Diese Grafik in der SiVo weist in den Jahren 2005 – 2010 falsche Zahlen aus – dies liegt an Umstellungen des Kontenrahmens.

Landkreis Ebersberg

Stellenplanveränderungen

Stellenplan 2002		287 Stellen
Stellenplan 2012	+ 7 Stellen	284 Stellen
Stellenplan 2013	+ 5 Stellen	289 Stellen
Stellenplan 2014	+ 2 Stellen	291 Stellen
Stellenplan 2015	+ 11 Stellen (1 Stelle befristet)	301 Stellen
Stellenplan 2016	+ 59 Stellen	360 Stellen

Seit 2012 ist der Stellenplan um 27 % (!) angehoben worden.

Das hat nicht nur erhebliche Konsequenzen auf die Personalkosten, es führt auch zu Veränderungen in der Steuerung – Wachstum wirkt sich immer verzögert auch auf die Fixkostenbereiche aus!

Landkreis Ebersberg

Stellenplan und Asyl

Im Stellenplan 2016 wurden 50 Stellen für Asyl neu ausgewiesen, diese sind wie folgt besetzt worden:

Betreuung nach dem AsylbewerberLG	10,0
Betreuung unbegleiteter Minderjährige	8,4
Jobcenter	1,2
Ausländeramt	1,8
Bereits 2015 im Vorgriff besetzt	9,0
Summe	**30,4**

19,6 Stellen Asyl wurden nicht besetzt.

Das Finanzmanagement schlägt vor, diese Stellen wieder einzuziehen und den Bereich nun auch in das Controlling einzugliedern.

Landkreis Ebersberg

Die 9 weiteren Stellen

Im Stellenplan 2016 wurden weitere 9 Stellen (außerhalb Asyl) geschaffen:

Gesundheitsamt	1,0
Liegenschaftsamt	1,0
Sachbearbeitung Hilfe zum Lebensunterhalt	1,0
Abfallwirtschaft	1,0
Reservestellen	5,0
Summe	**9,0**

Von diesen Stellen sind bisher 3 nicht besetzt, nämlich die Stelle in der Abfallwirtschaft sowie zwei Reservestellen.

Landkreis Ebersberg

Personalkostenentwicklung

Zusammen mit den einzuplanenden Tarifsteigerung für 2017 (ab 01.03.2017 + 2,35 % bei den Beschäftigten; bei den Beamten 2 % ganzjährig) ist 2017 ohne Berücksichtigung zusätzlicher Stellen mit einem Anstieg der Personalkosten um 590.000 € im Vergleich zur derzeitigen Hochrechnung auf 19,8 Mio € zu rechnen.

Bei einem Vergleich mit der Haushaltsplanung 2016 (20,8 Mio €) bedeutet dies eine Personalkostensenkung um ca. 1 Mio € für 2017.

Bei dieser Prognose sind nur Personalkosten für bereits bekannte und genehmigte Stellenbesetzungen berücksichtigt.

Die Umsetzung erfolgt innerhalb der einzelnen Eckwerte in denen die Personalkosten enthalten sind – dies entlastet vor allem die sozialen Teilbudgets.



Landkreis Ebersberg

Die 5 Teilbudgets



Landkreis Ebersberg

Übersicht über alle Vorschläge:

	Plan 2016	Eckwerte 2016	Eckwerte-vorschlag 2017	Veränderung in % zum Eckwert 2016	Veränderung in % zum Plan 16
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	7.012.534	7.000.000	7.450.000	+ 6,4 %	+ 6,2 %
Jugendhilfeausschuss	13.670.131	12.700.000	12.700.000	+ / - 0	- 7,1 %
SFB-Ausschuss	17.528.245	16.900.000	18.000.000	+ 6,5 %	+ 2,7 %
ULV-Ausschuss	4.754.990	4.900.000	4.900.000	+ / - 0	+ 3,0 %
LSV-Ausschuss	11.596.315	11.700.000	11.500.000	- 1,7 %	- 0,8 %
Summe	54.562.215	53.200.000	54.550.000	+ 2,5 %	+ / - 0,0

Alle Vorschläge der Verwaltung zusammen ergeben eine Erhöhung der Eckwerte

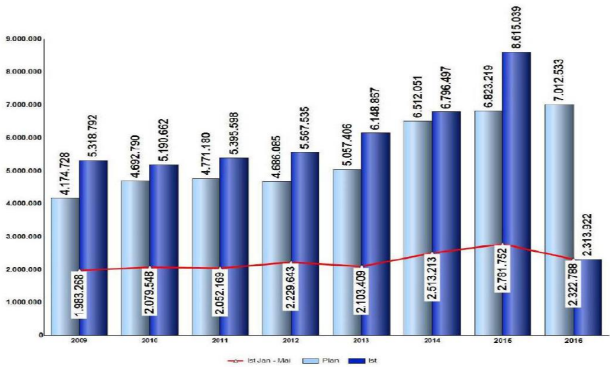
gegenüber den Eckwerten 2016 + 2,5 %

Gegenüber der Planung 2016 + 0,0 %

Die Erhöhung von Plan 2015 auf Plan 2016 betrug 7 %.

Landkreis Ebersberg

1. Kreis- und Strategieausschuss



	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	47,51%	1.983.268	5.318.792	127,40%	-27,41%
2010	44,31%	2.079.548	5.190.662	110,61%	-10,61%
2011	43,01%	2.052.169	5.395.598	113,09%	-13,09%
2012	47,58%	2.229.643	5.567.535	118,81%	-18,81%
2013	41,59%	2.103.409	6.148.867	121,58%	-21,58%
2014	38,59%	2.513.213	6.796.497	104,37%	-4,37%
2015	40,77%	2.781.752	8.615.040	126,26%	-26,26%
2016	33,12%	2.322.788	2.313.922	33,19%	

Das IST 15 muss um 1,7 Mio nach unten korrigiert werden (Einmaleffekt Schlüsselzuweisungen) und liegt damit um knapp 100.000 € unter dem Plan 2016.

Landkreis Ebersberg

Eckwertevorschlag KSA

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement	Abweichung zum Plan 2016
KSA	7.012.533	Einige Bereiche gehen von einem leichtem Anstieg wg. Personalkosten aus, höchste Steigerungen bei der Kreis-klinik	7.450.000	+ 437.467

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2016 um 437.467 € zu erhöhen, das sind 6,2 %.

Die Steigerung gegenüber dem Eckwert 2016 beträgt 6,4 %.

Möglicherweise wird die Planeinhaltung 2016 wegen der Klinik-AfA nicht gelingen. Die Berechnungen sind noch nicht abgestimmt und hängen ab von Zeitpunkt der Aktivierung und der Laufzeit der Abschreibung.

Die Steigerung liegt deshalb eher am unteren Ende dessen, was zu erwarten ist.

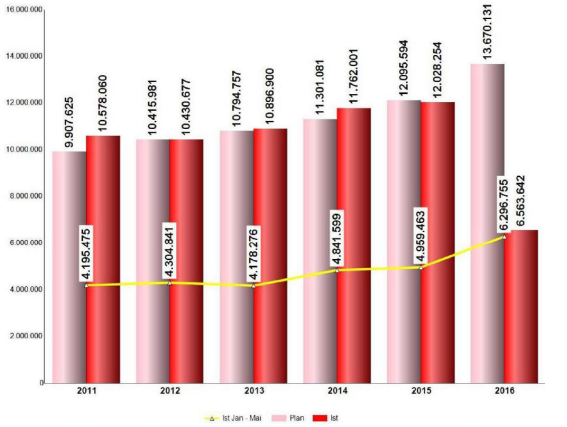
Landkreis Ebersberg

Einstimmiger Vorschlag KSA

Der Eckwert für den Kreis- und Strategieausschuss wird auf 7.450.000 € (+ 6,2 % zum Plan 2016) festgesetzt.

Landkreis Ebersberg

2. Jugendhilfeausschuss



	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	37,12%	3.767.895	9.920.253	97,74%	2,26%
2010	35,82%	3.724.996	9.929.756	95,48%	4,52%
2011	42,35%	4.195.475	10.578.060	106,77%	-6,77%
2012	41,33%	4.304.841	10.430.677	100,14%	-0,14%
2013	38,71%	4.178.276	10.896.900	100,95%	-0,95%
2014	42,84%	4.841.599	11.762.001	104,08%	-4,08%
2015	41,00%	4.959.463	12.028.254	99,44%	0,56%
2016	46,06%	6.296.755	6.563.642	48,02%	51,98%

Plan 2016 liegt um 1,64 Mio € über dem IST 2015.

Bereits im Abschlussbericht 2015 wurde eine deutliche Budgetunterschreitung von 1,4 Mio € prognostiziert.

Die Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige konnten weitgehend kostendeckend kalkuliert werden.

Landkreis Ebersberg

25.07.2016

Eckwertevorschlag JHA

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Jugendamt 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ 2017	Abweichung zum Plan 2016
JHA	13.670.131	12.850.000	12.700.000	- 970.131

Delta 150.000 € = 1,2 %

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2016 um 970.131 € zu senken, das sind 7,1 %.

Die Veränderung gegenüber dem Eckwert 2016 beträgt 0 %.

Die Abweichung vom Eckwertevorschlag des Jugendamtes zum Eckwertevorschlag des Finanzmanagements beruht darauf, dass das Finanzmanagement die Steigerung auf 2,3 % begrenzte, so wie das in den letzten Jahren auch tatsächlich gelungen ist.

Dieser Betrag wurde wegen der tendenziell steigenden Kosten pro Fall um 112.000 € aufgerundet.

Landkreis Ebersberg

Folie 20

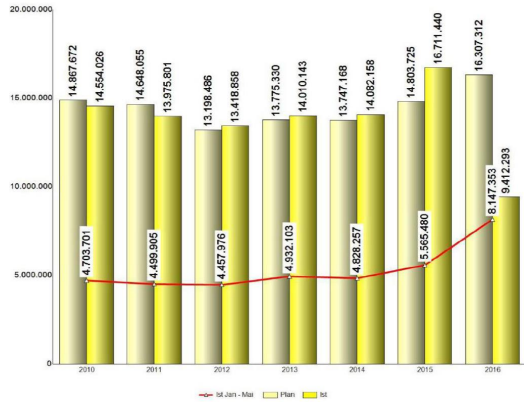
25.07.2016

Einstimmiger Vorschlag KSA

Der Eckwert für den Jugendhilfeausschuss wird auf 12.700.000 €
(- 7,1 % zum Plan 2016) festgesetzt.

Landkreis Ebersberg

3. SFB-Ausschuss



	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	30,07%	4.341.199	14.736.737	102,07%	-2,07%
2010	31,64%	4.703.701	14.554.026	97,89%	2,11%
2011	30,72%	4.499.905	13.975.801	95,41%	4,59%
2012	33,78%	4.457.976	13.418.858	101,67%	-1,67%
2013	35,80%	4.932.103	14.010.143	101,70%	-1,71%
2014	35,12%	4.828.257	14.082.158	102,44%	-2,44%
2015	37,60%	5.565.480	16.711.440	112,89%	-12,89%
2016	49,96%	8.147.353	9.412.293	57,73%	42,27%

Plan 2016 liegt um 404.128 € unter dem IST 2015.

Hoher Druck auf dieses Teilbudget

Landkreis Ebersberg

Soziale Fachstellen

	IST 2014	IST 2015	Plan 2016	Steigerung IST 2014 – Plan 2016
2020: Gleichstellungsbeauftragte	22.666	32.832	41.790	19.124
2030: Familienbeauftragte	7.932	50.074	89.061	81.129
2040: Bildungsregion	8.171	22.785	86.580	78.409
2050: Sozial- und Jugendhilfeplanung	64.599	52.760	33.707	-30.892
2060: Inklusion	8.996	4.171	21.100	12.104
2070: Ehrenamt	0	57.524	42.980	42.980
2080: Seniorenbeauftragte	0	40.011	42.430	42.430
2090: Integrationsbeauftragte	0	29.552	43.970	43.970
Summe Fachstellen	**112.364**	**289.709**	**401.618**	**289.254**
Restkosten 203 (ohne Kostenträger)	11.537	221.930	277.638	266.101
Summe Kostenstelle 203	**123.901**	**511.639**	**679.256**	**+ 555.355**
Kostenstelle 204 – Beschulung/ Ausbildung Asyl mit den Kostenträgern 2041 – 2045: Beschulung Asyl Schloss Zinneberg, Erding, Wasserburg, Berufliche Integration uM, Verwaltungsangelegenheiten Beschulung Asyl	0	-2.144	71.500	

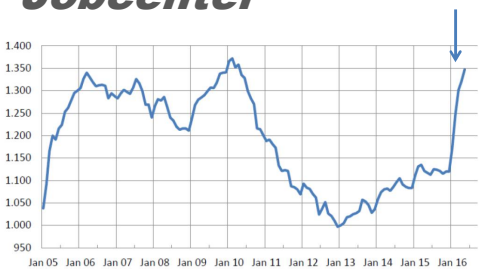
Steigerung innerhalb von 2 Jahren um 555.355 €

Dazu: Beschulung Asyl

2017 moderater Mehrbedarf von 11.000 € sowie zusätzlich 100.000 € für die Beschulung Asyl.

Landkreis Ebersberg

Jobcenter



	KdU absolut	KdU pro BG	Veränderung in %
01-05/2012	2.092.568,94	388,29	
01-05/2013	2.106.566,00	415,74	7,1%
01-05/2014	2.294.905,38	427,31	2,8%
01-05/2015	2.395.391,21	426,55	-0,2%
01-05/2016	2.518.121,03	394,48	-7,5%

Hohe Dynamik durch den Zuwachs von Asylbewerbern – 114 innerhalb von 3 Monaten – Entwicklung wird anhalten!

Dadurch, dass die anerkannten Asylbewerber noch in den staatlichen Unterkünften sind, verursachen sie beim LK keine Unterkunftskosten und dadurch sinken die Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft.

Landkreis Ebersberg

Entwicklung der KdU

Für die Prognose wurde vom JC nun folgendes kalkuliert:

- **die Anhebung der Mietpreisobergrenzen zum 1.04.2016 und ein daraus resultierendes Jahresmittel von 438 €/ BG (derzeit: 394 €).**
- **eine „Überführung“ der Asylberechtigten ab Juni von 25 Personen / Monat aus den staatl. Unterkünften in eine Wohnung.**

Auf dieser Basis ergibt sich bei 1.435 BG´s eine KdU-Prognose in Höhe von 7.537.000 € und damit eine Überschreitung des Ansatzes um 186.000 €.

Für das Jahr 2017 plant das Jobcenter einen weiteren Anstieg auf 1.810 Bedarfsgemeinschaften, was einen Mehrbedarf gegenüber der Planung 2016 um 1,2 Mio € auslösen würde.

Landkreis Ebersberg

Thema: Eingliederungsmittel

Ebersberg ist unter allen Jobcentern Deutschlands stets eines mit dem niedrigsten Eingliederungsbudget. Die Auswirkungen sind seit 2014 spürbar, denn der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ist insbesondere auf fehlende Mittel für Eingliederungsmaß-nahmen zurückzuführen.

Verbesserung ist kaum eingetreten.

Der Landkreis erwägt deshalb, dem Jobcenter kurzfristig ein zinsloses Darlehen über 100.000 € auszureichen, um wenigstens die erfolgversprechendsten Maßnahmen finanzieren zu können. Hierzu findet am 1.8.2016 eine außerordentliche Sitzung er Trägerversammlung statt.

Landkreis Ebersberg

Thema: Bundesteilhabegesetz

2017 werden die Kommunen vom Bund mit 1,5 Mrd. € entlastet.

Im Landkreis Ebersberg bedeutet das nach den aktuellen Berechnungen, dass der Landkreis mit 377.739 € (7,4 %) entlastet wird (Vorjahr 188.870 €, 3,7 %), was zu einer Abmilderung der Kostensteigerung führt, nicht zu einer Einsparung.

Die Gemeinden werden durch die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer um 1.388.151 € entlastet, erhalten also den Löwenanteil der Entlastung durch den Bund, das ist annähernd 1 Kreisumlagenpunkt.

Im Jahr 2015 betrug diese Entlastung erst 462.717 €.

Dieses Geld soll die Eingliederungshilfe entlasten – diese erbringt allerdings der Bezirk und nicht der Landkreis und die Gemeinden.



Thema: Bundesteilhabegesetz

Der Bezirk, der die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang trägt, wird nicht entlastet.

In der Folge werden dort die Kosten steigen. Dieser Mehrbedarf wird von den Landkreisen über die Bezirksumlage zu finanzieren sein.

Bei Beibehaltung dieser „Entlastungsstruktur“ müssen die Gemeinden diese Entlastung über höhere Kreisumlagen an den Landkreis abführen und dieser wiederum an den Bezirk über höhere Bezirksumlagen.



Bewertung Finanzmanagement

Das Finanzmanagement folgt der Prognose des Jobcenters für 2016 nicht und geht von einer Einhaltung des Ansatzes aus. Dies vor dem Hintergrund, dass die Verweildauer der anerkannten Asylberechtigten in den staatlichen Unterkünften länger eingeschätzt wird als vom Jobcenter prognostiziert.

Darüber hinaus hat der Bund am 16.6.2016 zugesagt, befristet für 3 Jahre (2016 bis 2018) seine Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft auf 100 Prozent zu erhöhen.

Inzwischen ist bekannt, dass dies nicht 1:1 erstattet wird sondern der Erstattungsanteil an der KdU um ca. 6 % erhöht wird. Die Auswirkungen können noch nicht abgeschätzt werden!

Dadurch verbessert sich die Finanzsituation gravierend, denn die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft werden im Kreishaushalt durch entsprechende Erträge gegenfinanziert.

Landkreis Ebersberg

Vorschlag Finanzmanagement

Die Entwicklung des Eckwertes sollte „nur“ die steigenden Mietkosten berücksichtigen. Es wird empfohlen, diese im Eckwert mit 20 € / BG auf Basis von 1.200 BG´s (ohne Asyl) zu berücksichtigen, was eine Anhebung des Eckwerts um 288.000 € bedeuten würde.

Zusammenfassung der Steigerungen:

Jobcenter: + 288.000 €
Soziale Fachstellen / Beschulung Asyl: + 111.000 €
Zusätzliche Ganztagsklassen: + 60.000 €

Asyl: keine Steigerungen, es wird von einer stabilen Zahl an Asylbewerbern ausgegangen.

Das ergäbe eine Summe in Höhe von 459.000 €.

Landkreis Ebersberg

Eckwertevorschlag SFB

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement 2017	Abweichung zum Planansatz 2016
SFB	17.528.245	18.800.000 zuzüglich allg. kleinere Steigerungen	18.000.000	+ 471.755 €

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2016 um 471.755 € zu erhöhen, das sind 2,7 %.

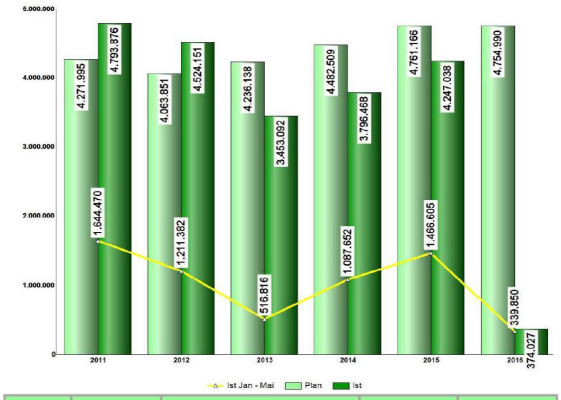
Die Veränderung gegenüber dem Eckwert 2016 beträgt + 6,5 %.

Risiken, wie neuerliche Zuweisungen Asyl oder Revisionen bei den Gastschulbeiträgen sind in diesem Vorschlag nicht berücksichtigt.

Einstimmiger Vorschlag KSA

Der Eckwert für den SFB-Ausschuss wird auf 18.000.000 € (+ 2,7 % zum Plan 2016) festgesetzt.

4. ULV-Ausschuss



Der Plan 2016 liegt um 507.952 € über dem IST 2015.

Der niedrige Ausschöpfungsgrad 2016 ergibt sich aus einer größeren ungeplanten Erstattung in Höhe von 700.000 € bei der Schülerbeförderung.

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	29,04%	1.275.455	3.694.714	84,11%	15,89%
2010	26,89%	1.182.994	3.802.136	86,42%	13,58%
2011	38,49%	1.644.470	4.793.876	112,22%	-12,22%
2012	29,81%	1.211.382	4.524.151	111,33%	-11,33%
2013	12,20%	516.816	3.453.092	81,52%	18,49%
2014	24,26%	1.087.652	3.796.468	84,70%	15,31%
2015	30,80%	1.466.605	4.247.038	89,24%	10,76%
2016	7,15%	339.850	374.027	8,86%	91,14%

Landkreis Ebersberg

25.07.2016

Gemeldete Veränderungen im Teilbudget

Siehe SiVo Seite 21

ÖPNV und Schülerbeförderung	**+ 70.000**
uNB – Forderung wurde inzwischen von 92.000 € auf 48.000 € korrigiert (Personalanforderung)	**+ 48.000**
Denkmalschutz (Personalanforderung)	**+ 25.000**
Bauamt (Personalanforderung)	**+ 50.000**
Wirtschaftsförderung / Kreisentwicklung	**+ 25.000**
Summe Forderungen Sachgebiete	**+ 218.000**

Landkreis Ebersberg

25.07.2016

Eckwertevorschlag ULV

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ 2017	Abweichung zum Plan 2016
ULV	4.754.990	5.000.000 (dargestellt Erhöhungen zuzüglich pauschal beantragte Erhöhungen	4.900.000	+ 145.010

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2016 um 145.010 € zu erhöhen, das sind 3,0 %.

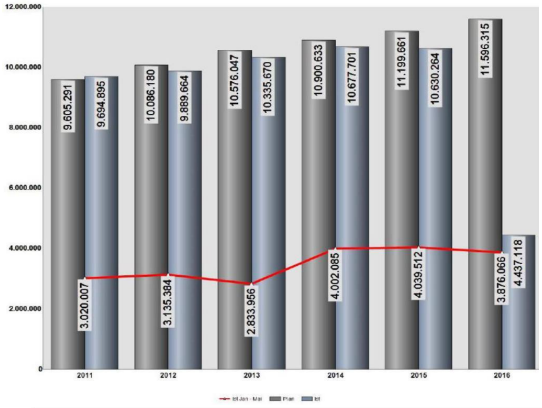
Die Veränderung gegenüber dem Eckwert 2016 beträgt 0 %.

Angesichts des niedrigen IST 2015 ist es aus Sicht des Finanzmanagements nicht erforderlich, die Eckwert weiter anzuheben.

Einstimmiger Vorschlag KSA

Der Eckwert für den ULV-Ausschuss wird auf 4.900.000 € (+ 3,0 % zum Plan 2016) festgesetzt.

5. LSV-Ausschuss



Der Plan 2016 liegt um 966.051 € über dem IST 2015.

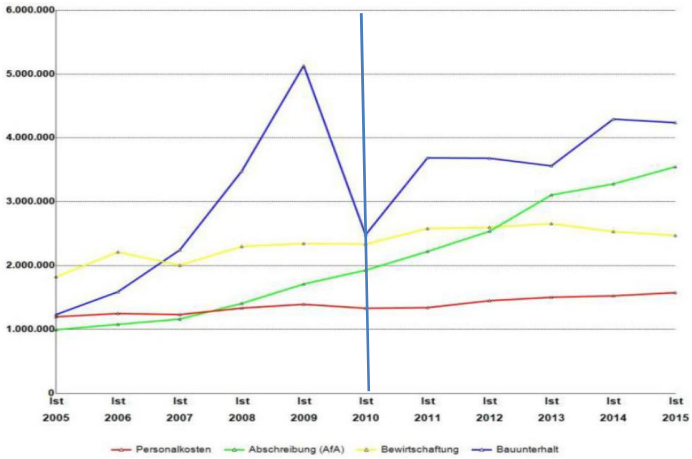
Die Planmittel 2015 konnten nicht ausgeschöpft werden – es wurden 569.397 € an den Kreishaushalt zurückgegeben.

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2009	21,40%	2.240.827	10.800.971	103,13%	-3,13%
2010	27,18%	2.600.731	8.014.416	83,76%	16,24%
2011	31,44%	3.020.007	9.694.895	100,93%	-0,93%
2012	31,09%	3.135.384	9.889.664	98,05%	1,95%
2013	26,80%	2.833.956	10.335.670	97,73%	2,27%
2014	36,71%	4.002.085	10.677.701	97,95%	2,05%
2015	36,07%	4.039.512	10.630.264	95,02%	4,98%
2016	33,43%	3.876.066	4.437.118	38,28%	

Landkreis Ebersberg

25.07.2016

Aufwandsentwicklung seit 2005



Steigerung seit 2010

+ 70,8 %

+ 84,0 %

+ 5,8 %

+ 18,4 %

Seit 2010 ist die Abschreibung stärker gestiegen als der Bauunterhalt, das ist dauerhaft nicht optimal – der Bauunterhalt sollte in etwa der Höhe der Abschreibung entsprechen.

Landkreis Ebersberg

Folie 38

25.07.2016

Eckwertevorschlag LSV

	Plan 2016	Eckwertevorschlag Sachgebiet 2017	Eckwertevorschlag Finanzmanagement 2017	Abweichung zum Plan 2016
LSV	11.596.315	11.700.000	11.500.000	- 96.315

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2016 um 96.315 € zu senken, das sind 0,8 %.

Die Veränderung gegenüber dem Eckwert 2016 beträgt – 1,7 %.

Aus der Sicht des Liegenschaftsamtes sollte der Eckwert bei 11,7 Mio € verbleiben, das Finanzmanagement argumentiert damit, dass die Mittel im Vorjahr um 569.397 € nicht ausgeschöpft werden konnten und deshalb selbst bei einer Reduzierung um 200.000 € mehr Geld zur Verfügung steht.

Einstimmiger Vorschlag KSA

Der Eckwert für den LSV-Ausschuss wird auf 11.500.000 €
(- 0,8 % zum Plan 2016) festgesetzt.

Zusammenfassung

	Plan 2016	Eckwerte 2016	Eckwerte-vorschlag 2017	Verände-rung in % zum Eck-wert 2016	Verände-rung in % zum Plan 16
Kreis- und Strate-gieausschuss (KSA)	7.012.534	7.000.000	7.450.000	+ 6,4 %	+ 6,2 %
Jugendhilfeaus-schuss	13.670.131	12.700.000	12.700.000	+ / - 0	- 7,1 %
SFB-Ausschuss	17.528.245	16.900.000	18.000.000	+ 6,5 %	+ 2,7 %
ULV-Ausschuss	4.754.990	4.900.000	4.900.000	+ / - 0	+ 3,0 %
LSV-Ausschuss	11.596.315	11.700.000	11.500.000	- 1,7 %	- 0,8 %
Summe	54.562.215	53.200.000	54.550.000	+ 2,5 %	+ / - 0,0

Der Eckwertevorschlag 2017 liegt um 1,35 Mio € (+ 2,5 %) über den Eckwerten 2016

und bedeutet ein <u>0-Wachstum</u> gegenüber der Planung 2016.

Landkreis Ebersberg

Bewertung für den Haushalt 2017

Sollte dieses 0-Wachstum in der Haushaltsplanung tatsächlich umgesetzt werden können, ergibt sich ein Potenzial

- **Für die Steigerung der Ergebnisüberschüsse und damit Verringerung des Kreditbedarfs**
- **Oder: für eine Senkung der Kreisumlage**

Die Einhaltung der Finanzleitlinie ist noch gesichert, wobei mittelfristig von einem Ansteigen der Verschuldung ausgegangen wird.

Landkreis Ebersberg

Beschluss des Kreistags vom 14.12.2015

„Der Kreistag wird bis zu seiner Sitzung am 25.07.2016 anhand des dann vorliegenden Zwischenberichts zur Finanzlage über eine mögliche Senkung der Kreisumlage beraten“.

Die Zwischenberichte deuten darauf hin, dass das Ergebnis um 1 – 2 Mio € verbessert eintreten kann. Asyl ist ein relativ hohes Risiko, die Planungsqualität insgesamt ist durch dieses Thema unsicherer als in den Vorjahren.

Bewertung des KSA in Bezug auf die Senkung der KU

In einer ausführlichen Diskussion rät der KSA dem Kreistag einstimmig davon ab, die Kreisumlage nachträglich zu senken. Zu groß ist derzeit die Unsicherheit bezüglich des Ergebnisses wegen der Kosten für Asyl und deren Entwicklung.

Er regte aber an, Ergebnisüberschüsse, die über die Planung 2016 hinaus das Ergebnis verbessern, in die Kreisumlagendiskussion einzubeziehen.

Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Für die Haushaltsberatungen 2017 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2016	Eckwert 2017
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	7.012.534	7.450.000
Jugendhilfeausschuss	13.670.131	12.700.000
SFB-Ausschuss	17.528.245	18.000.000
ULV-Ausschuss	4.754.990	4.900.000
LSV-Ausschuss	11.596.315	11.500.000
Summe	54.562.215	54.550.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 54.550.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse bleibt gegenüber der Planung 2016 unverändert.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert, bei der Haushaltsplanung 2017 diese Eckwerte einzuhalten.

2. Ein Nachtragshaushalt 2016 wird nicht erstellt.

Landkreis Ebersberg

Landkreis Ebersberg

Finanzmanagement

Kreistag am 25.07.2016, TOP 6 Ö:

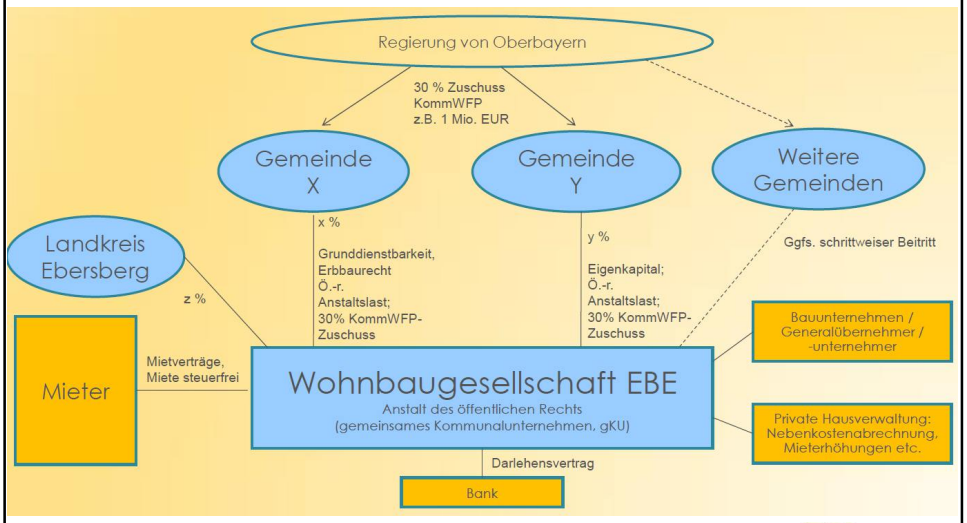
Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum

Kommunalunternehmen

- **Kommunalunternehmen, Art. 89ff. GO, Art. 49f. KommZG**
- **Anstalt des öffentlichen Rechts, wie Sparkassen; eigene Rechtspersönlichkeit**
- **Seit 1995 in den bayerischen Kommunalgesetzen**
- **Anteilseigner: eine (KU) oder mehrere Kommunen (gKU); <u>keine Privaten!</u>**
- **Gründung: Kommunale Unternehmenssatzung**
- **Doppelte, kaufmännische Buchführung**
- **Organe: Vorstand und Verwaltungsrat**
- **Steuerrechtliche Vorteile: Mieteinnahmen nicht steuerpflichtig!**
- **Kommunalkreditähnliche Darlehenskonditionen**

Landkreis Ebersberg

Schema



Landkreis Ebersberg

Vorteile eines gKU

- **Keine Arbeit in der Gemeinde/ beim Landkreis: Planung, Bau und Betrieb übernimmt das Kommunalunternehmen.**
- **Gemeinde entscheidet, wer Mieter wird (z.B. Kindererzieher/innen, Feuerwehrler, Gemeindemitarbeiter, anerkannte Flüchtlinge)**
- **Erster Bürgermeister im Verwaltungsrat**
- **30 %-Zuschuss des Freistaats wird genutzt (sog. 2. Säule)**
- **Baudarlehen bedarf keiner Genehmigung durch Kommunalaufsicht**
- **VOB-frei: Nachverhandlungen bzw. Generalunternehmer zulässig**
- **Rücklagenbildung für Sanierungen in 20 - 25 Jahren**

Landkreis Ebersberg

Nachteile eines gKU

- Gesamtschuldnerische Haftung aller Gemeinden, die im gKU sind: wie Zweckverband.
- Nachschusspflicht: wie Zweckverband
- Austritt bedarf Zustimmung aller Kommunen, die im gKU sind: wie Zweckverband

Wann treten diese Risiken ein?

Wohnungen werden von der Gemeinde nicht belegt

Das gKU verkalkuliert sich….

Warum keine GmbH

- GmbH: Mieteinnahmen steuerpflichtig; nicht alle Mieteinnahmen können für Tilgung und Rücklagen verwendet werden
- GmbH: Stille Reserven sind im Verkaufsfall zu versteuern
- GmbH: Beschränkte Haftung => Banken fordern genehmigungspflichtige Kommunalbürgschaften für günstige Kredite

Wirtschaftlichkeit

- **Ziele:**
  - **Aufwand muss sich durch die Mieteinnahmen decken**
  - **kein Zuschuss aus Steuermitteln**
- **Grundstück der Gemeinde: Überlassung an gKU unter Wert zulässig + wird als EK-Anteil (10 %) anerkannt**
- **Miete: max. 7,50 bis 10,60 EUR pro qm zzgl. Nebenkosten (vgl. Studie des Landkreises 2015: Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft)**
- **Zwingend vor Baubeginn: Investitionsrechnung nach Ertragswertmethode gemäß Immobilienwertermittlungsverordnung**

Weiteres Vorgehen

- **Die Stadt Grafing hat am 5.7.2016 bereits beschlossen, an der Errichtung des gKU mitzuwirken. Beratungen auch in Anzing, Forstinning, Emmering und Zorneding.**
- **Voraussetzung für einen Beitritt ist, dass die Wirtschaftlichkeit der örtlichen Wohnbaumaßnahme auf dem Grundstück, das eingebracht werden soll, gegeben ist.**
- **In diesem Fall sind sie bei den Verhandlungen über die wirtschaftlichen Eckdaten jeder Wohnbaumaßnahme, der Unternehmenssatzung sowie aller weiteren vorbereitenden Maßnahmen unmittelbar beteiligt.**
- **Weitere Kommunen können ggf. auch später beitreten.**

Ambitionierter Zeitplan

Sommer 2016	Grundsatzbeschlüsse
Ab September 2016	Verhandlungen über die wirtschaftlichen Eckdaten jeder Wohnbaumaßnahme, Unternehmenssatzung, Erstellung Business Plan (Haustypen und Grundrisse; Investitionsrechnung; Wirtschaftsplan; Vorstand; Organisation; Zuschussanträge; Betrauungsakt; Wesentliche Verträge, wie z.B. Erbpacht/Dienstbarkeiten, Generalübernehmer/-unternehmerverträge, Mietverträge, Hausverwaltung)
Oktober 2016	Zwischenbericht in den kommunalen Gremien
Dezember 2016	Gründung des Kommunalunternehmens durch Gremienbeschlüsse
Sommer 2017	Baubeginn des Pilotprojekts
Winter 2017/18	Einzug der Mieter
Parallel	ggfs. Beitritt weiterer Kommunen

Landkreis Ebersberg

Beratungen im KSA am 11.7.2016

Herr Öllerer bat darum, in den Verwaltungsrat auch 1 – 2 Experten außerhalb des Kreistags, die Fachleute auf dem Wohnungsmarkt sind, zu benennen.

Die Beschlussfassung des Kreis- und Strategieausschusses erfolgte einstimmig.

Landkreis Ebersberg

Auswirkungen auf den Haushalt

Über die Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens ist noch zu diskutieren.

Unmittelbare Auswirkungen auf den Kreishaushalt können vermieden werden.

Landkreis Ebersberg

Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. **Dem Beitritt des Landkreises zur Wohnbaugesellschaft Ebersberg (gemeinsames Kommunalunternehmen) wird grundsätzlich zugestimmt.**

2. **Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, mit weiteren Kommunen aus dem Landkreis über die Gründung einer Wohnbaugesellschaft Ebersberg (gemeinsames Kommunalunternehmen) zu verhandeln sowie einen Business Plan aufzustellen.**

3. **Den kommunalen Gremien ist bis 10.10.2016 über die Gründungsvorbereitungen zu berichten.**

Landkreis Ebersberg

Protokollanlage 3 zum Beschluss TOP 7 ö; KT 25.07.2016

Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ist/Plan 2014	Vergleich Ist 2014/2013
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-59.790,35	-109.790,00	-95.480,81	14.309,19	-35.690,46
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-92.198.252,00	-95.016.360,00	-99.397.970,66	-4.381.610,66	-7.199.718,66
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.469.590,89	-1.362.500,00	-1.469.905,85	-107.405,85	-314,96
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-869.664,57	-1.062.000,00	-903.357,50	158.642,50	-33.692,93
5	+ Auflösung von Sonderposten	-1.045.731,16	-1.103.522,27	-1.823.320,96	-719.798,69	-777.589,80
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-747.905,74	-737.924,00	-857.237,34	-119.313,34	-109.331,60
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.993.654,52	-12.958.173,00	-14.380.326,70	-1.422.153,70	-2.386.672,18
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	-870.493,20	-13.950,00	-610.464,58	-596.514,58	260.028,62
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	-35.868,71	0,00	-144.775,95	-144.775,95	-108.907,24
10	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S1	**= Ordentliche Erträge (Zeilen 1 bis 10)**	**-109.290.951,14**	**-112.364.219,27**	**-119.682.840,35**	**-7.318.621,08**	**-10.391.889,21**
11	- Personalaufwendungen	17.193.324,11	16.237.400,00	17.526.141,44	1.288.741,44	332.817,33
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.674.625,21	16.586.008,00	16.403.374,01	-182.633,99	728.748,80
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.395.094,69	6.299.786,90	6.444.820,90	145.034,00	49.726,21
15	- Transferaufwendungen	48.108.660,18	50.391.834,00	51.676.973,73	1.285.139,73	3.568.313,55
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.258.165,69	15.510.006,00	16.909.580,36	1.399.574,36	1.651.414,67
S2	**= Ordentliche Aufwendungen (Zeilen 11 bis 16)**	**102.629.869,88**	**105.025.034,90**	**108.960.890,44**	**3.935.855,54**	**6.331.020,56**
S3	**= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 und S2)**	**-6.661.081,26**	**-7.339.184,37**	**-10.721.949,91**	**-3.382.765,54**	**-4.060.868,65**
17	+ Finanzerträge	-1.376.193,79	-297.279,00	-1.075.346,96	-778.067,96	300.846,83
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.520.840,65	1.430.213,00	2.105.303,24	675.090,24	-415.537,41
S4	**= Finanzergebnis (Saldo Zeilen 17 und 18)**	**1.144.646,86**	**1.132.934,00**	**1.029.956,28**	**-102.977,72**	**-114.690,58**
S5	**= Ordentliches Ergebnis (S3 und S4)**	**-5.516.434,40**	**-6.206.250,37**	**-9.691.993,63**	**-3.485.743,26**	**-4.175.559,23**
19	+ Außerordentliche Erträge	-39.302,37	0,00	-3.039,12	-3.039,12	36.263,25
20	- Außerordentliche Aufwendungen	348.333,12	0,00	1.049.214,39	1.049.214,39	700.881,27
S6	**= Außerordentliches Ergebnis (Saldo Zeilen 19 und 20)**	**309.030,75**	**0,00**	**1.046.175,27**	**1.046.175,27**	**737.144,52**
S7	**= Jahresergebnis (S5 und S6) vor interner Leistungsverrechnung**	**-5.207.403,65**	**-6.206.250,37**	**-8.645.818,36**	**-2.439.567,99**	**-3.438.414,71**
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-566.171,89	-632.630,00	-544.464,58	88.165,42	21.707,31
22	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	566.171,89	632.630,00	544.464,58	-88.165,42	-21.707,31
S8	**= Jahresergebnis**	**-5.207.403,65**	**-6.206.250,37**	**-8.645.818,36**	**-2.439.567,99**	**-3.438.414,71**

Finanzrechnung 2014

Nr.	Einzahlung- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ist/Plan 2014	Vergleich Ist 2014/2013
1	Steuern u. ähnliche Abgaben	59.790,35	109.790,00	94.955,81	-14.834,19	35.165,46
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	92.592.084,62	95.016.360,00	99.140.434,37	4.124.074,37	6.548.349,75
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.427.783,85	1.362.500,00	1.434.706,25	72.206,25	6.922,40
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	879.068,20	1.062.000,00	878.389,50	-183.610,50	-678,70
5	+ Privatrechtl. Leistungsentgelte	801.061,05	737.924,00	926.380,79	188.456,79	125.319,74
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.402.226,92	12.958.173,00	13.673.558,99	715.385,99	1.271.332,07
7	+ Sonstige Einzahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	117.310.648,64	-3.419.914,14	54.977.043,56	58.396.957,70	-62.333.605,08
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.375.591,77	297.279,00	1.076.635,31	779.356,31	-298.956,46
S1	**= Einzahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 bis 8)**	**226.848.255,40**	**108.124.111,86**	**172.202.104,58**	**64.077.992,72**	**-54.646.150,82**
9	- Personalauszahlungen	-15.438.063,74	-16.237.400,00	-16.378.115,20	-140.715,20	-940.051,46
10	- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	- Auszahlungen f. Sach- u. Dienstleistungen	-16.084.405,88	-16.586.008,00	-16.237.036,14	348.971,86	-152.630,26
12	- Transferauszahlungen	-47.578.093,63	-50.391.834,00	-51.838.331,56	-1.446.497,56	-4.260.237,93
13	- Sonstige Auszahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	-132.486.048,09	-15.510.006,00	-72.953.673,62	-57.443.667,62	59.532.374,47
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-2.557.667,98	-1.430.213,00	-2.123.102,66	-692.889,66	434.565,32
S2	**= Auszahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 bis 14)**	**-214.144.279,32**	**-100.155.461,00**	**-159.530.259,18**	**-59.374.798,18**	**54.614.020,14**
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 u. S2)**	**12.703.976,08**	**7.968.650,86**	**12.671.845,40**	**4.703.194,54**	**-32.130,68**
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.443.601,21	6.468.600,00	6.892.408,58	423.808,58	2.448.807,37
16	+ Ez. aus Invest.beiträgen u.ä.Entgelten f.I.Tätigkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Sachvermögen	797,20	262.000,00	2.804,00	-259.196,00	2.006,80
18	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	34.175,46	107.453,00	1.234.333,32	1.126.880,32	1.200.157,86
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 15 bis 19)**	**4.478.573,87**	**6.838.053,00**	**8.129.545,90**	**1.291.492,90**	**3.650.972,03**
20	- Auszahlungen f. Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-127.705,22	-570.000,00	-413.334,27	156.665,73	-285.629,05
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-12.289.968,00	-13.686.464,00	-11.464.198,04	2.222.265,96	825.769,96
22	- Auszahlungen für Erwerb von bewegl. Sachvermögen	-1.224.817,27	-5.008.029,00	-1.472.005,84	3.536.023,16	-247.188,57
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	-407.359,49	-1.279.436,00	1.174.958,32	2.454.394,32	1.582.317,81
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	-2.628.904,79	-5.420.109,00	-5.320.320,00	99.789,00	-2.691.415,21
S5	**= Auszahlungen aus**	**-16.678.754,77**	**-25.964.038,00**	**-17.494.899,83**	**8.469.138,17**	**-816.145,06**

Nr.	Einzahlung- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ist/Plan 2014	Vergleich Ist 2014/2013
	Investitionstätigkeit (Zeilen 20 bis 25)					
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Saldo S4 und S5)**	**-12.200.180,90**	**-19.125.985,00**	**-9.365.353,93**	**9.760.631,07**	**2.834.826,97**
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S3 und S6)**	**503.795,18**	**-11.157.334,14**	**3.306.491,47**	**14.463.825,61**	**2.802.696,29**
26a	+ Einz. aus der Aufnahme von Krediten	20.500.000,00	12.000.000,00	2.437.950,48	-9.562.049,52	-18.062.049,52
26b	+ Einz. a.d.Kreditaufn.wirts.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 26a und 26b)**	**20.500.000,00**	**12.000.000,00**	**2.437.950,48**	**-9.562.049,52**	**-18.062.049,52**
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-16.133.714,01	-4.199.204,00	-6.423.570,62	-2.224.366,62	9.710.143,39
27b	- Ausz.z.Tilgung z.Kred. wirt.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 27a und 27b)**	**-16.133.714,01**	**-4.199.204,00**	**-6.423.570,62**	**-2.224.366,62**	**9.710.143,39**
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo S8 und S9)**	**4.366.285,99**	**7.800.796,00**	**-3.985.620,14**	**-11.786.416,14**	**-8.351.906,13**
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S7 und S10)**	**4.870.081,17**	**-3.356.538,14**	**-679.128,67**	**2.677.409,47**	**-5.549.209,84**
28	+ Einz. aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	- Ausz. für die Bildung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S12	**= Saldo a.d. Inanspruchnahme v.Liquiditätsreserven (Saldo Zeilen 28* und 29*)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	+ Einz. aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	- Ausz. für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	+ Einz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	7.890.673,63	0,00	6.198.319,12	6.198.319,12	-1.692.354,51
33	- Ausz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	-6.649.268,17	0,00	-6.374.579,39	-6.374.579,39	274.688,78
S13	**= Saldo aus nicht HH-wirksamen Vorgängen (Saldo S12 bis Zeile 33)**	**1.241.405,46**	**0,00**	**-176.260,27**	**-176.260,27**	**-1.417.665,73**
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	9.136.939,88	-157.220.928,23	15.248.426,51	172.469.354,74	6.111.486,63
S14	**= Bestand an Finanzmitteln am Ende d. Hhj = Liquide M (Saldo S11, S13+ Zeile 34)**	**15.248.426,51**	**-160.577.466,37**	**14.393.037,57**	**174.970.503,94**	**-855.388,94**
35	+ Anfangsbestand sons.Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S15	**= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende d. Haushaltsj. (S14 und Zeile 35)**	**15.248.426,51**	**-160.577.466,37**	**14.393.037,57**	**174.970.503,94**	**-855.388,94**

Protokollanlage 3a zum Beschluss TOP 7 ö; KT 25.07.2016

Vermögensrechnung 2014 (mit kommunaler Abfallwirtschaft)

AKTIVA	2014 EUR	2013 EUR	PASSIVA	2014 EUR	2013 EUR
A. Anlagevermögen	**202.959.538,42**	**190.843.895,17**	**A. Eigenkapital**	**-93.602.158,05**	**-84.296.478,51**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.830.919,72	17.371.252,91	I. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-61.698.987,83	-61.699.126,65
1. Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte	569.957,77	421.372,78	II. Rücklagen aus nicht ertragswirksamen aufzulösenden Zuwendungen	-2.000.000,00	-2.000.000,00
2. Geleisteten Zuwendungen für Investitionen	17.260.961,95	16.949.880,13	III. Ergebnisrücklagen	-29.903.170,22	-20.597.351,86
3. Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	IV. Ergebnisvortrag	0,00	0,00
II. Sachanlagen	170.255.016,18	162.094.629,83	V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
1. Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	5.721.777,59	5.615.388,69	**B. Sonderposten**	-36.367.897,18	-31.929.550,35
2. Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	128.564.207,47	124.777.954,57	I. Sonderposten aus Zuwendungen	-34.269.550,45	-29.454.984,96
3. Infrastrukturvermögen	14.192.043,57	14.128.091,56	II. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0,00
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	1.461.093,81	1.492.180,81	III. Sonstige Sonderposten	-270.148,11	-207.923,08
5. Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	21.674,91	12.886,83	IV. Gebührenausgleich	-1.828.198,62	-2.266.642,31
6. Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge	3.150.011,02	2.861.191,52	**C. Rückstellungen**	**-23.711.354,02**	**-22.484.581,33**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.835.399,66	3.449.704,89	**I**. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**-15.189.408,78**	**-14.587.930,98**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	13.308.808,15	9.757.230,96	1. Pensionsrückstellungen	-11.997.869,00	-11.534.240,00
III. Finanzanlagen	14.873.602,52	11.378.012,43	2. Rückstellungen für Altersteilzeit, Beihilfen u. Ä.	-3.191.539,78	-3.053.690,98
1. Sondervermögen	3.489.625,83	3.975.797,31	II. Umweltrückstellungen	-5.807.950,36	-5.960.204,32
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	125.000,00	100.000,00	III. Instandhaltungsrückstellungen	-314.000,00	0,00
3. Beteiligungen	24.294,36	24.292,36	IV. Rückstellungen im Rahmen d. Finanzausgleichs und v.Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00

AKTIVA	2014 EUR	2013 EUR	PASSIVA	2014 EUR	2013 EUR
4. Ausleihungen	11.234.682,33	7.277.922,76	V. Rückstellungen f. droh.Verpflichtungen a.Bürgsch,Gewährv,anh.Gerichts-/Widers	0,00	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	VI. Sonstige Rückstellungen	-2.399.994,88	-1.936.446,03
B. Umlaufvermögen	**18.487.249,92**	**21.170.393,17**	**D. Verbindlichkeiten**	**-68.171.433,12**	**-73.664.260,23**
I. Vorräte	0,00	0,00	I. Anleihen	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.094.212,35	5.921.966,66	II. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-54.008.314,07	-57.983.549,75
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	4.015.374,81	5.437.371,91	III. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00
2. Privatrechtliche Forderungen	71.066,97	260.923,29	IV. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-7.243.050,31	-7.577.944,70
3. Sonstige Vermögensgegenstände	7.770,57	223.671,46	V. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	-2.968.631,66	-2.757.874,82
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-1.266.455,85	-1.564.277,99
IV. Liquide Mittel	14.393.037,57	15.248.426,51	VII. Sonstige Verbindlichkeiten	-2.684.981,23	-3.780.612,97
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	**875.634,38**	**770.248,06**	**E. Passive Rechnungsabgrenzung**	**-469.580,35**	**-409.665,98**
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	**0,00**	**0,00**	**F. Treuhandkapital**	**0,00**	**0,00**
E. Treuhandvermögen	**0,00**	**0,00**		**0,00**	**0,00**
Summe Aktiva	**222.322.422,72**	**212.784.536,40**	**Summe Passiva**	**-222.322.422,72**	**-212.784.536,40**

Kreisklinik Ebersberg **B I L A N Z** **- Sondervermögen -**

A K T I V A		2014 EURO	2013 EURO
A. Sachanlagen			
1. Grundstücke u. grundst.gl.Rechte mit Betriebsbauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	**25.909.647,51**		**28.430.329,51**
2. Grundstücke und grundst.gl.Rechte mit Wohnbauten einschl. Wohnbauten auf fremden Grundstücken	**3.858.003,75**		**4.012.104,75**
3. Grundst. und grunstücksgl. Rechte ohne Bauten	**1.074.820,59**		**1.074.820,59**
4. Technische Anlagen	**1.112.471,85**		**1.292.490,85**
		31.954.943,70	
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen an den Krankenhausträger	**5.000,00**		**5.000,00**
- davon m. ei. Restlaufz. v. m. als einem Jahr	*0,00*		*0,00*
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	**0,00**		**0,00**
- davon nach der BPflV	*0,00*		*0,00*
- davon m. ei. Restlaufz. v. m. als einem Jahr	*0,00*		*0,00*
II. Guthaben bei Kreditinstituten	**73.350,31**		**49.385,19**
		78.350,31	
C. Ausgleichsposten nach dem KHG			
1. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		**1.500.801,88**	**1.469.157,88**
S U M M E A K T I V A		**33.534.095,89**	**36.333.288,77**

Kreisklinik Ebersberg **B I L A N Z** **- Sondervermögen -**

P A S S I V A	2014 EURO		2013 EURO
A. Eigenkapital			
1. gezeichnetes, festgesetztes Eigenkapital	**5.010.065,17**		**5.010.065,17**
2. Kapitalrücklagen	**1.825.942,63**		**2.436.897,61**
3. Jahresfehlbetrag	**(145.528,24)**	**6.690.479,56**	**(614.863,80)**
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermittel nach dem KHG	**21.712.787,90**		**23.788.475,90**
2. Sonderposten aus Zuweisungen der öff.Hand	**4.494.606,51**		**5.005.536,51**
3. Sonderposten aus Zuwendung Dritter	**1,00**	**26.207.395,41**	**1,00**
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**233.121,09**		**237.029,91**
- davon gefördert nach dem KHG	*0,00*		*0,00*
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*3.908,00*		*3.908,00*
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**0,00**		**0,00**
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*0,00*		*0,00*
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	**47,83**		**105,91**
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*47,83*		*105,91*
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**5.000,00**		**3.921,56**
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*5.000,00*	**238.168,92**	*3.921,59*
D. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		**398.052,00**	**466.119,00**
S U M M E P A S S I V A		**33.534.095,89**	**36.333.288,77**

Protokollanlage 4a zum Beschluss TOP 8 ö; KT 25.07.2016

Kreisklinik Ebersberg **- Sondervermögen -**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

			2014 EURO	2013 EURO
1. Sonstige betriebliche Erträge			30.227,11	1.596.848,49
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	*0,00*			*0,00*
2. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung		31.644,00		23.012,00
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		2.586.618,00		1.802.751,00
4. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung		68.067,00		49.499,00
			2.686.329,00	
5. Abschreibungen				
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes		1.961.120,00		2.053.007,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		898.708,20		2.031.768,02
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	*0,00*			*0,00*
			2.859.828,20	
Zwischenergebnis			-143.272,09	
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		74,03		130,91
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.954,40		1.954,40
davon für Betriebsmittelkredite	*0,00*		-1.880,37	*0,00*
9. Steuern			375,78	375,78
davon vom Einkommen und Ertrag	*0,00*			*0,00*
10. Jahresfehlbetrag			-145.528,24	-614.863,80

Landkreis Ebersberg

Kreistag am 25.07.2016, TOP 12:

Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2014 der Kreisklinik gGmbH – Entlastung des Aufsichtsrats

Jahresabschluss 2014 der Klinik

Aus Wettbewerbsgründen und im Hinblick auf die Verminderung von Begehrlichkeiten der Krankenkassen wird der Jahresabschluss der Kreisklinik gGmbH in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Behandlungsreihenfolge:

- **Aufsichtsrat der KK gGmbH am 22.6.2015**
- **Kreis- und Strategieausschuss am 13.07.2015**
- **Kreistag am 27.07.2015 mit dem Auftrag an den Landrat, entsprechende Beschlüsse für den Gesellschafter (= Kreistag) in der Gesellschafterversammlung zu erwirken.**

Landkreis Ebersberg

Entlastung des Aufsichtsrats

Der BKPV wies im Rahmen seines Beratungsmandats bezüglich der Erstellung einer Beteiligungsrichtlinie das Beteiligungsmanagement darauf hin, dass der Aufsichtsrat der Kreisklinik grundsätzlich Anspruch auf Entlastung in angemessenen Zeitabständen nach der Rechnungslegung, in der Regel also jährlich, hat.

Es wurde empfohlen, eine solche Entlastung des Aufsichtsrats durch die Gesellschafterversammlung herbeizuführen.

Erstmals für den Jahresabschluss 2013 wurde eine solche Entlastung vorgenommen. Sie soll nun jährlich erfolgen.

Formale Anforderungen

Bei dem Ermächtigungsbeschluss des Kreistags für den Gesellschafter dürfen weder der Landrat, noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder wegen persönlicher Beteiligung mitstimmen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

Beschluss des KSA am 11.7.2016

Die Beschlussfassung des KSA erfolgte einstimmig. LR und Aufsichtsratsmitglieder haben nicht mitgestimmt.

Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2014 die Entlastung erteilt.

Landkreis Ebersberg

Finanzmanagement

Kreistag am 25.07.2016, TOP 13 Ö:

Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Änderung der Satzung der CliniService Ebersberg GmbH – Verzichtserklärung des Gesellschafters

Ruhen der CliniService GmbH

Nach § 8 Abs. 3 und 4 der Satzung der CliniService GmbH sind in einem Geschäftsjahr der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Fragenkatalog nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen.

Da die Gesellschaft seit 1.1.2015 ruht, wurde von der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG vorgeschlagen, diese Vorschriften in der Satzung per Gesellschafterbeschluss für die Zeit des Ruhens der Gesellschaft auszusetzen, um unnötige Prüfungs- und Notarkosten zu sparen.

Landkreis Ebersberg

Notwendigkeit der Satzungsänderung

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der CSE bedarf der Gesellschafterbeschluss der Zustimmung durch den Aufsichtsrat der Kreisklinik gGmbH.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 13.10.2015 der Aussetzung zugestimmt, jedoch unter Vorbehalt einer juristischen Prüfung.

Das Ergebnis der juristischen Prüfung durch die Solidaris Rechtsanwaltsgesellschaft mbH ergab die Notwendigkeit einer Satzungsänderung, die der Wirtschaftsprüfer nicht für zwingend notwendig erachtete.

Landkreis Ebersberg

Bewertung durch das Beteiligungsmanagement

Positiv, weil es keiner Neugründung bedarf, sollte es einen neuen Unternehmenszweck geben.

Für den Gesellschafter keine negativen Auswirkungen, weil eine „Wieder-in-Kraft-Setzung" der Satzung diese wieder zu ändern ist und damit der Gesellschafter – insb. über den Unternehmens-zweck - beschließen muss.

Das Ruhen ist auch aus finanziellen Gründen zu bevorzugen:

ZUSAMMENFASSUNG	A) Ruhen		B) Löschung
einmalig	600,00 €		785,00 €
jährlich	200,00 €		- €
Wiederinbetriebnahme	600,00 €		- €
Neugründung	- €		3.000,00 €
Summe	1.400,00 €		3.785,00 €

Landkreis Ebersberg

Beratungen im KSA am 11.7.2016

Dem KSA wurden folgende Kosten gegenübergestellt:

- **Ruhen der Gesellschaft und spätere Neugründung**
- **Liquidation der Gesellschaft und spätere Neugründung.**

Das Ruhen und spätere Neugründung ist deutlich günstiger (2.385 €), jährlich entstehen Kosten in Höhe von 200 €.

Die Beschlussfassung im KSA erfolgte einstimmig.

Landkreis Ebersberg

Beschlussvorschlag

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

1. **Der Gesellschafter der Kreisklinik Ebersberg gGmbH stimmt zu, dass für die Zeit des Ruhens der CliniService GmbH (CSE) auf eine Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) verzichtet wird.**

2. **Sollte die CSE wieder eine Geschäftstätigkeit aufnehmen, sind Regelungen zum Jahresabschluss und zur Prüfung vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit wieder in die Satzung einzufügen.**

Landkreis Ebersberg